

Tschechen, Polen, Deutsche 1990-1996: T. 1: die Lage und die Stimmung

Oschlies, Wolf

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Oschlies, W. (1996). *Tschechen, Polen, Deutsche 1990-1996: T. 1: die Lage und die Stimmung*. (Berichte / BIOst, 22-1996). Köln: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-42447>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 1996 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung - auch auszugsweise - nur mit vorheriger Zustimmung des Bundesinstituts sowie mit Angabe des Verfassers und der Quelle gestattet.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln, Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110

ISSN 0435-7183

Inhalt

Seite

Kurzfassung
2	
1. Einführung
4	
2. Das "Albrecht-Syndrom"
8	
3. Schäden und Schadensbegrenzung
11	
4. Deklamationen um eine Deklaration
15	
5. Polen, Tschechen und Deutsche
20	
6. Gefahren von der "mentalen Infrastruktur"?
24	
7. Zusammenfassung
28	
Summary
30	

1. April 1996

Wolf Oschlies

Tschechen, Polen, Deutsche 1990-1996

Teil I: Die Lage und die Stimmung

Bericht des BIOst Nr. 22/1996

Kurzfassung

Vorbemerkung

Deutschlands politische, wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen zu seinen direkten slawischen Nachbarn im Osten, der Tschechischen Republik und Polen, sind so gut wie niemals zuvor. Gleichzeitig akkumulieren wechselseitige Kritik, Anwürfe, Mißverständnisse, Affären etc., die eine erstaunlich schlechte Stimmung zwischen den Nachbarn signalisieren, vor allem zwischen Tschechen und Deutschen.

Diesem merkwürdigen Auseinanderklaffen von gutem politischen Ertrag und verbalen Dissonanzen im wechselseitigen Verhältnis widmet sich die vorliegende zweiteilige Darstellung. Gestützt auf allgemein zugängliche Quellen, vorwiegend tschechischer und polnischer Provenienz, ist sie bemüht, vor allem die Dissonanzen zu dokumentieren, in ihrer potentiellen politischen Wirkungsmacht abzuschätzen und sie mit Blick auf historische Erfahrungen und aktuelle "Befindlichkeiten" in den Nachbarländern zu analysieren.

Ergebnisse

1. Polen und die Tschechische Republik sind mit Erfolg bemüht, zum deutschen Nachbarn ein in jeder Hinsicht gutes Verhältnis zu unterhalten - ganz direkt und mit Blick auf weitere eigene Ziele, für die man sich die Unterstützung Deutschlands sichern möchte: EU-Mitgliedschaft, NATO-Beitritt u.a.
2. Deutschland schätzt und fördert diese Kooperation mit seinen Nachbarn im Osten, die nicht nur direkten Ertrag erbringt, sondern darüber hinaus demonstrierter deutscher Verlässlichkeit durch vermehrte "Einbindung" in europäische Politik dient.
3. Die drei Länder Deutschland, Tschechische Republik und Polen "profitieren" voneinander und miteinander - es ist ermutigend, wenn geographische Nähe und die Abstimmung wechselseitiger politischer Ziele auch noch ein gedeihliches Miteinander im direkten Umgang einschließen.
4. Da sich diese Grundtatbestände in absehbarer Zeit nicht ändern werden, sind kleinere Mißhelligkeiten nicht sonderlich ernstzunehmen - besonders dann nicht, wenn sie ein gewisses Mißtrauen gegenüber dem Partner Deutschland, das aus schmerzlichen historischen Reminiszenzen heraus legitim ist, erkennen lassen.
5. Schlimmer ist es, wenn Kommunikationsstörungen auf wiederbelebte interethnische Stereotype, Vorurteile und Feindbilder zurückgehen, weil solche kollektiven "Zuschreibungen" eine immanente Tendenz zur unkorrigierbaren Verfestigung haben, die das Bild vom Nachbarn bis zur Unkenntlichkeit verzerren können.

6. Ein solcher "Fall" schien Anfang 1996 in Prag um den deutschen Dirigenten Gerd Albrecht gegeben zu sein - der als Leiter der "Tschechischen Philharmonie" an antideutschen Ressentiments scheiterte.
7. Diese Affäre hatte ein wachsendes und in großen Teilen wenig freundliches Medienecho in beiden beteiligten Ländern und scheint zudem einige atmosphärische Verstimmungen auf politischer Ebene erzeugt zu haben. Andererseits aber war Prag um rasche und souveräne "Schadensbegrenzung" bemüht, um gemeinsame Projekte mit Deutschland nicht der geringsten Gefährdung auszusetzen.
8. Das betraf vor allem die bilateral angestrebte "Deklaration", die ungeklärte Fragen der wechselseitigen Vergangenheit - Gültigkeit des Münchner Abkommens und Entschädigung tschechischer NS-Opfer auf tschechischer, Vertreibung Deutscher nach 1945 auf deutscher Seite - in einer Weise ansprechen soll, die künftig beiden Völkern einen unbelasteten Umgang mit diesen Fragen erlaubt.
9. Ähnlich gestaltet sich das deutsch-polnische Verhältnis: grundsätzlich gut - mit kleinen Mißtönen im "Atmosphärischen". Letztere sind noch unbedeutender als die im Umgang mit Prag, da ein gutes Verhältnis zu Polen für Deutschland erste außenpolitische Priorität und internationale Weiterungen hat: Das schwere Erbe der deutsch-polnischen Vergangenheit und das Gewicht einer deutschen Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze sind nur zwei von mehreren Momenten, die eine gute Nachbarschaft zwischen Polen und Deutschen aus dem rein bilateralen Rahmen herausheben.
10. In einem solchen Kontext sind die "atmosphärischen" Störungen vor allem darum interessant, als sie Deutschland größtenteils gar nicht direkt betreffen, vielmehr "Hörbeleg" interner Probleme bei der postkommunistischen Transformation bzw. propagandistische Ablehnung dieser Transformationen, vorgenommen von "gewendeten Nomenklatur-Kadern", sind. Daß diese Analyse gerade dieser *Proxy*-Phänomene von polnischen und tschechischen Wissenschaftlern vorgenommen wird, ist ein bleibender "Ertrag" temporärer Kommunikationsstörungen.

1. Einführung

Die nachfolgende zweiteilige Darstellung könnte im Grunde jeden Umfang annehmen - sozusagen von zwei Sätzen bis zu zwei (nicht gerade dünnen) Bänden. Ihre kürzeste Kurzfassung liefe auf diese Konstatierungen hinaus: 1. Das politische, ökonomische etc. Verhältnis zwischen Deutschland und seinen direkten slavischen Nachbarn, Polen und die Tschechische Republik, ist derzeit so gut wie nie zuvor und zeigt weitere aufstrebende Tendenz. 2. Daneben breitet sich bei den Nachbarn häufig eine anonym-irrationale antideutsche Haltung aus, die älteste Vorurteile und neuere Stereotype wiederbelebt und mitunter zu einem aktuellen Bild der Deutschen verbindet, das man eher *Feindbild* nennen möchte. So etwas sollte auf deutscher Seite zwar nicht sonderlich ernstgenommen, jedoch gekannt und in seiner potentiellen politischen Wirkungsmacht abgeschätzt werden.

Soweit die Darstellung in zwei Sätzen. Alles, was über ein solches Miniformat hinausgeht, muß sich insbesondere auf den zweiten Aspekt konzentrieren. Oder anders gesagt: Wie ist es möglich, daß dieselben Prager, die vor sechs, sieben Jahren (ost)deutsche *Botschaftsflüchtlinge* in geradezu rührender Weise unterstützten, heute mitunter ein Feindbild vom (wiedervereinigten) Deutschland nähren, das in seiner Undifferenziertheit verblüfft (um es milde zu sagen). Und diese Prager sind kein Einzelfall: Repräsentative Umfrageergebnisse aus Polen und der Tschechischen Republik lassen gelegentlich eine Einstellung zu Deutschland und den Deutschen erkennen, die fünf Jahrzehnte deutscher Nachkriegsentwicklung einfach ignoriert.

Als Deutscher kann und wird man sich über so etwas wundern, erstaunen oder gar ärgern, aber eigentlich sollte man darüber froh sein: Hier artikulieren sich Vorurteile und Stereotype, Traumata und Enttäuschungen, Selbstzweifel und Minderwertigkeitskomplexe, Desorientierungen und Zukunftsängste und viele andere psychische Regungen, die - jede für sich und alle zusammen - natürlich nicht ohne Einfluß auf öffentliche Meinung, Publizistik und Politik sein können. Und wenn solche Regungen schon präsent sind, dann ist es gut und für die Zukunft klärend, wenn sie auf der einen Seite ausgesprochen und von der anderen zur Kenntnis genommen und in die eigenen Perzeptionen "einkalkuliert" werden. Wie es in der Ökologie sinnlos ist, sich über "Altlasten" zu ärgern, so gibt es auch in der Politik nur das Gebot, vorhandene "Altlasten" zu "entsorgen", bevor sie noch gesunde Bereiche "kontaminieren".

Diese Aufgabe ist im Grunde nicht besonders schwer. Auch in Deutschland selber sind ja Stimmen zu hören, die mißtrauisch fragen, ob deutsche Außenpolitik in bisheriger "Normalität" fortgeführt werden wird, nämlich in "post-national modesty", ob sich bei ihr ein "return of nationalism" zeige, oder ob sie gar als erste "far-reaching visions for Europe as a multinational federation" folge.¹ Und wenn solches Mißtrauen deutschen Kommentatoren erlaubt ist, dann steht es osteuropäischen noch mehr zu, die bewußt oder unbewußt deutsche Dinge immer durch das Prisma eines historisch belasteten Verhältnisses ihrer Länder zu Deutschland sehen - was speziell für das Jahr 1995 als der fünfzigsten Wiederkehr des Endes des Zweiten Weltkriegs gilt.² Soweit ist gegen das Mißtrauen überhaupt nichts zu sagen; bedenklich wird es erst im Maße seiner stereotypisierenden Verfestigung, die am Ende alle Informationen, Erfahrungen, Fakten etc.

¹ Zahlreiche Quellen bei Josef Janning: A German Europe - a European Germany? On the debate over Germany's foreign policy, in: International Affairs Nr. 1/1996, S. 33-41; vgl. auch Ludwig Watzal: Nationalstaat und Nationalismus - Die Rolle Deutschlands in einem vereinigten Europa, in: Europäische Rundschau Nr. 2/1994, S. 107-117.

² Zu einem tschechischen Beispiel vgl. Vladimír Rajdl: Kdo se bojí Nimecka (Wer sich vor Deutschland fürchtet), in: Respekt Nr. 4, 23.-29.1.1995, S. 14-15.

verdrängt, die das einmal aufgestellte Bild von Deutschland verändern könnten. Im weiteren wird zu untersuchen sein, wo und wie solche "Bilder" eine Rolle spielen; grundsätzlich sind sie in Zusammenhängen zu sehen, die wie folgt zu beschreiben sind:

1. Die stereotypisierende Anonymität des postkommunistischen "Antigermanismus" steht in einer maximalen Dissonanz zu Prinzipien und Aktionen der offiziellen Politik der beiden Nachbarländer Deutschlands: Polen und die Tschechische Republik sind gleich auf doppelte Weise gezwungen, mit Deutschland ein konstruktives Verhältnis zu haben. Zum einen ist dieses Deutschland ein Nachbar von beträchtlicher Größe und von anerkanntem politischen wie ökonomischen Gewicht, dessen "Gravitation" um so eher in eine Entwicklungschance umgewandelt wird, je besser die politischen Kontakte zu ihm sind. Zum zweiten ist dieses Deutschland in sehr exponierter Weise in die westlichen Strukturen, Unionen, Institutionen usw. "eingebunden", in die Polen und die Tschechische Republik mit aller Macht drängen. Mit anderen Worten: Mit Deutschland gut auszukommen, entspricht den ureigensten und wichtigsten Interessen von Warschau und Prag.
2. Die neue Welle abträglicher Vorurteile gegenüber Deutschland repräsentiert *nicht* die allgemeine Meinung in den Nachbarländern. Extreme Urteile wecken vielmehr Widerspruch, selbstüberschätzende Maximalforderungen regen zu wohlbegründeter Kritik an, verbiesterter Deutschfeindlichkeit wird mit Esprit und Witz die Spitze abgebrochen. Kurz: Wenn aggressive Streitlust Effekte auslöst, die letztlich ein Beitrag zu Pluralismus und Streitkultur sind, dann sind temporäre Kommunikationsstörungen unter Nachbarn sogar zu begrüßen!
3. Bleiben wird von den verbalen Irritationen ein großartiger sozialwissenschaftlicher Ertrag. Wann hatte man schon einmal die Gelegenheit, alle Probleme, die sich zwischen Nachbarn in längeren oder kürzeren Konfliktperioden aufgebaut und aufgestaut haben, von der Seele zu reden, dabei von ganz konkreten Vorfällen auszugehen und zu wissen, daß die Lautstärke aktueller Debatten *kein* Indikator tiefgehender politischer Zerwürfnisse ist? Ganz im Gegenteil: Was da in Polen und der Tschechischen Republik plötzlich "hochkommt", wird in diesen Ländern auch in sehr souveräner Weise als Beleg für die Brechungen und Belastungen "mentaler Infrastrukturen" der posttotalitären Übergangsperiode behandelt. Wer über innerdeutschen Kontroversen - *Besser-Wessis* versus *Jammer-Ossis* - ratlos ist, gewinnt Gelassenheit am ehesten zurück, wenn er die wachsende Vielzahl polnischer und tschechischer Analysen aus vergleichbarem "gegebenen Anlaß" zur Kenntnis nimmt.

Václav Havel und andere haben es wieder und wieder gesagt: Die Tschechische Republik ist auf Deutschland mehr angewiesen, auf Deutschland mehr fixiert, mit Deutschland mehr befaßt, um Deutschland mehr irritiert als umgekehrt. Laut jüngsten deutschen Umfrageergebnissen, die überhaupt nur in Prag zur Kenntnis genommen wurden, bejahen ganze 5 Prozent der Deutschen die Frage: "Ist es für die Bundesrepublik wichtig, ein vorwiegend gutes Verhältnis mit Tschechien zu haben?"³ In Bonn scheint man es ähnlich zu sehen, was gewisse politische "Mini-Beben" im Gefolge medialer Attacken und hoch gespielter "Affären" erklärt: Mögen politische Schritte doch warten, bis die Stimmung an der Moldau wieder besser wird! Wenn es auf deutscher Seite eine solche Einstellung gäbe, wäre sie zu verstehen, aber nicht zu billigen! Auch Deutschland ist gezwungen, mit seinen Nachbarn im Osten das denkbar beste Verhältnis anzustreben - und sei es nur in Erinnerung daran, daß vor wenigen Jahren erst der Ausgleich mit Polen die deutsche Wiedervereinigung überhaupt erst möglich machte. Aber das ist ja beileibe nicht das einzige Motiv, weswegen sich auch das kleinste deutsche "Revanchefoul" verbietet: Auf dem Spiel stehen immer deutsche Glaubwürdigkeit, Verlässlichkeit und Berechenbarkeit, die bei

³ Erwähnt in: Respekt Nr. 2, 8.-14.1.1996, S. 20.

einer etwaigen Eskalation aus osteuropäischen Äußerungen und deutschem Achselzucken, unüberlegt auf beiden Seiten, leiden würden.

Im übrigen hat es den Anschein, als seien Tschechen, Deutsche und Polen in ihrem jeweiligen politischen Handeln vor allem dadurch zu unterscheiden, wie "belastbar" sie sich in emotional-atmosphärischen Streßmomenten zeigen - und in dieser Hinsicht sind die Polen wahrhaft beispielgebend. Als Helmut Kohl Anfang November 1989 zu einem Besuch in Polen war, erreichte ihn während eines Staatsbanketts die Nachricht vom Fall der Mauer; sofort unterbrach er den Besuch, um ihn nach einigen Tagen fortzusetzen. Die damalige polnische Führung unter Mazowiecki behandelte diesen ungewöhnlichen Schritt als völlig normal, gewann ihm sogar noch positive Seiten ab: Kohl "kehrte schon aus einem anderen Deutschland nach Warschau zurück", das "Fundament der Mauer wurde in Polen zerstört", das demnächst vereinte Deutschland "könnte nun souverän den endgültigen Charakter der Oder-Neiße-Grenze anerkennen".⁴ Und diese unerschütterliche Souveränität, die in allen deutschen Entwicklungen und *Events* zunächst einmal einen *Vorteil* für Polen erkennen mag, ist offenkundig polnischer Standard geblieben - gemäß der "Regel", die die "Gazeta Wyborcza" im Juli 1995 aufstellte: "Deutschland interessiert sich heute weniger für Polen. Darin liegt gerade die Normalität - von Emotionen sind wir zu Interessen übergegangen".⁵ Solche Nachbarn und Partner zu haben, ist ein Wert an sich.

Das deutsch-polnisch-tschechische Verhältnis der 90er Jahre symbolisiert *alle* allgemeinen und spezifischen Aspekte der aktuellen Ost-West-Problematik.⁶ Die ost(mittel)europäischen Länder drängen in NATO und EU, was auf den ersten Blick wie eine Konsequenz des in ihnen vollzogenen radikalen Wandels des politischen *und* ökonomischen Systems anmutet. Daß der westliche Integrationsprozeß über Problemen wie der "Eurowährung" ins Stocken geraten ist, spielt dabei keine unmittelbare Rolle. Problematischer ist der Umstand, daß der Osten aus denselben Gründen in diese Integration hineinstrebt, aus denen er auf absehbare Zeit nicht hineinkommen wird.

Die osteuropäischen Gesellschaften sind von dem doppelten Systemwandel schlichtweg überfordert, zudem enttäuscht vom Ausbleiben der erhofften positiven Effekte. Ganz Osteuropa durchläuft gegenwärtig Prozesse der Dissolution (Zerbrechen der Tschechoslowakei), Desintegration (Legitimationsverfall staatlicher Autorität) und Dissoziation (Ethnozentrismus versus nationale Minderheiten). Diese Entwicklungen lassen "Zonen ungleicher Sicherheit" (Gießmann) entstehen, wodurch die klassischen nationalen Bindungen (Sprache, Identität) neuen Auftrieb bekommen - verstärkt durch systemkulturelle Effekte des überwundenen "Realsozialismus": Dem System insgesamt trauert niemand nach, aber seine scheinbaren "Errungenschaften" (Vollbeschäftigung, soziale Sicherheit, Gleichberechtigung der Frauen usw.) wünscht man schon zurück.

Diese Situation wirkt sich ganz direkt auf Deutschland aus, denn "an Oder und Neiße stoßen die zwei Teile Europas, die immer noch anders geformt und geordnet sind, und Gesellschaften zusammen, die unter anderen Bedingungen leben".⁷ "Die Nachbarschaft mit Deutschland ist eine Herausforderung und eine Chance", und "es sind viele positive Veränderungen eingetreten, von denen man früher nicht zu träumen wagte". Aber diese positiven Veränderungen wurzeln vorerst

⁴ Krystyna Grzybowska: *Advocatus Poloniae*, in: Rzeczpospolita 2.7.1995, S. 28.

⁵ Weronika Kostyrko: *Od romantyzmu do rutyny* (Vom Romantismus zur Routine), in: *Gazeta Wyborcza* 6.7.1995.

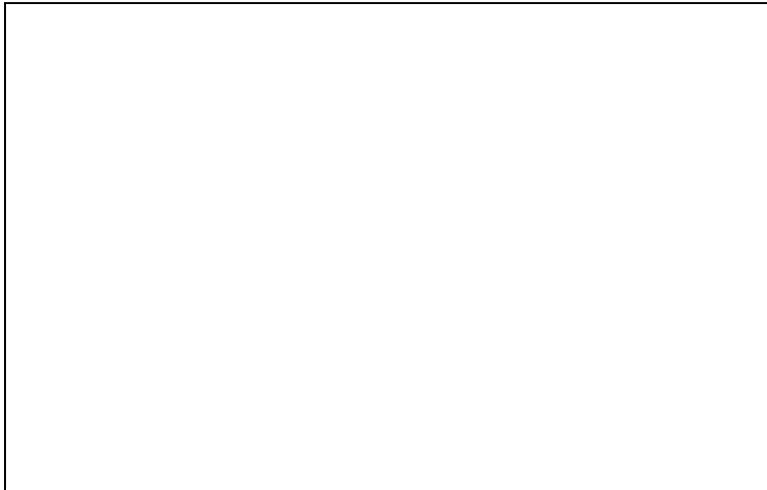
⁶ Dazu und zum folgenden Hans-Joachim Gießmann: *Sicherheitspolitik in Ostmitteleuropa. Probleme - Konzepte - Perspektiven*, DSF Bd. 98, Baden-Baden 1995.

⁷ Dazu und zum folgenden der ehemalige polnische Botschafter in Deutschland, Janusz Reiter (Interview): *Ponad podzia³ami* (Über die Teilungen), in: *Wprost* Nr. 39, 24.9.1995, S. 78.

vor allem in der "Einmütigkeit (zgodno☐æ) der politischen Eliten", während z.B. die Grenzöffnung "auch soziale Spannungen brachte". "Polen ist für Deutsche auch weiterhin Teil einer anderen Welt", was sich im Alltag abträglich äußert: Wenn, wie geschehen, in Warschau ein deutscher Flugzeug abstürzt, dann muß nach deutscher Überzeugung die Ursache dafür bei Polen liegen - weil ein *deutsches* Flugzeug mit *deutschem* Piloten keine Fehler macht!

Vor dem Hintergrund dieser Überlegungen verfolgt die vorliegende Studie drei Ziele: Zum ersten will sie gewisse Irritationen im Nachbarverhältnis dokumentieren, zum zweiten die polnische und die tschechische Analyse und Wertung dieser Phänomene referieren, und zum dritten - in Teil 2 - diese "Klimastörungen" mit objektiven, ermutigenden Entwicklungen an Deutschlands Ostgrenzen konfrontieren. Die Stimmung ist momentan weit schlechter als die Lage, aber nur letzteres zählt für die Zukunft!

2. Das "Albrecht-Syndrom"



War was?⁸ In Prag ist zum Jahresbeginn 1996 ein Mann gescheitert, in Athen ist zum selben Zeitpunkt ein anderer Mann zu einer glänzenden Karriere angetreten - beide unter identischen Auspizien: In Prag mußte der Deutsche Gerd Albrecht seinen Posten als Chef der Tschechischen Philharmonie (Česká filharmonie, ČF) aufgeben, weil er als "präziser und kalter Deutscher" untragbar erschien. In Athen ist alle Welt überzeugt, daß Kostas

Simitis als neuer Premier die desolante Lage Griechenlands beheben kann, weil er als "German-educated lawyer and economist", "known as the 'German' in the ruling Pasok party", dafür offenkundig die besten Voraussetzungen mitbringt.⁹ Mehr noch: Während in Prag der "präzise" deutsche Dirigent Probleme bekam, machte in Polen "Seat Volkswagen Group" für ihre Autos mit dem Slogan "Niemiecka Precyzja" (Deutsche Präzision) Werbung. In Deutschland selber hätten die VW-Manager vermutlich eine solche Werbung nicht gewagt (oder nicht wagen dürfen) - in Polen erwarteten sie von ihr ein positives Image für das eigene Produkt: deutsch = präzise = gut! Umgekehrt haben sich Teile der spanischen Presse auf Deutschland "eingeschossen", auf den "neuen EU-Kaiser" Kohl und sein "Viertes Reich" der D-Mark, während spanische Offizielle erklären, die EU-Präsidentschaft Spaniens sei deshalb erfolgreich gewesen, weil man sie "mit deutscher Disziplin" abgewickelt habe.¹⁰

Seit Jahrhunderten werden den Deutschen gewisse Eigenschaften kollektiv zugeschrieben: fleißig, ordentlich, sparsam, wirtschaftlich, diszipliniert etc. Fast ebenso lange rätselt man darüber, ob diese "typisch deutschen" Eigenschaften gut oder schlecht sind: Haben deutscher Fleiß, Ordnung, Disziplin etc. die zu Zeiten aggressive, imperialistische Politik Deutschlands begünstigt, ja sie überhaupt erst möglich gemacht? Mit dieser deutschen Politik der Vergangenheit haben Griechen wie Tschechen früher die allerschlechtesten Erfahrungen gemacht, aber im konkreten Fall reagieren beide gegenwärtig diametral anders: Was Albrecht zum Abgang aus Prag zwang, verschaffte Simitis einen glänzenden Einzug in Athen.

"Odsun z Rudolfina" überschrieb eine tschechische Wochenzeitung ihren Bericht zum Abgang Albrechts.¹¹ Diese Überschrift wäre mit "Abschiebung aus dem Rudolphinum" sprachlich korrekt übersetzt, politisch aber steckt mehr darin: *Odsun* (Abschiebung) wird in der Tschechischen Republik seit Ende des Zweiten Weltkriegs die damalige Aussiedlung von Deutschen genannt¹²,

⁸ Karikatur aus: Lidové noviny 31.1.1996.

⁹ Berichte in: Athens News 21. und 23.1.1996; Kostas Simitis (*1935) hat von 1954 bis 1974 mit Unterbrechungen in Deutschland gelebt, hier studiert und eine akademische Karriere gemacht. Sein Bruder Spiros Simitis war zeitweilig Datenschutzbeauftragter in Hessen, vgl. die Biographie in: Athener Zeitung Nr. 104, 19.1.1996, S. 3.

¹⁰ Bericht in: Kölner Stadtanzeiger 3.1.1996.

¹¹ Jiří Peňáz: Odsun z Rudolfina (Abschiebung aus dem Rudolphinum), in: Respekt Nr. 3, 15.-21.1.1996, S. 3.

¹² Von der ARD am 21.3.1996 in einem Film unter eben diesem Titel "Odsun" dokumentiert, W.O.

die bei Deutschen nur als "Vertreibung" im sprachlichen Umlauf ist. Das Gastspiel-Ende eines *deutschen* Dirigenten *odsun* zu nennen, offenbart metasprachlichen Tiefgang und provokatorischen Witz. Der weitere Text aber fand offene Worte: "Es ist traurig, daß Albrecht nicht wegen Problemen mit der Orchesterarbeit, mit seinem künstlerischen Niveau, nicht einmal mit seiner künstlerischen Konzeption weggeht (...) im Falle Albrecht hat die tschechische Gesellschaft eine beträchtliche Überempfindlichkeit gezeigt. Der Grund dafür ist klar: Albrecht ist Deutscher (...) die tschechische Gesellschaft hat nach sechs Jahren Freiheit auf einem so repräsentativen Posten keinen Ausländer ertragen".¹³ Ähnlich äußerte sich die deutsche Presse: "Ein Jammer für das Orchester, ein Schaden für Tschechien und das Ansehen Havel. Wenn nicht einmal die Musik Tschechien stärker einbinden kann in Mitteleuropa, was dann?"¹⁴ Oder: "Sein (= Albrechts, W.O.) Scheitern in Prag ist jedoch nicht nur sein Mißerfolg. Es ist zumindest in gleichem Maße auch der der tschechischen Kulturpolitik, die nationalen Werten offenbar höhere Bedeutung beimißt, als sie sich selber eingestehen will".¹⁵ Oder: "Wie meist bei forciertem Nationalismus dürfte auch hier der Schuß nach hinten gehen: Es gibt keinen tschechischen Dirigenten von eindeutig übernationaler Ausstrahlung".¹⁶

Gerd Albrecht hatte schon kurz nach Jahresbeginn 1996, als seine Kompetenzen in der ČF gemindert wurden, angekündigt: "Prag sieht mich nur noch als Touristen wieder".¹⁷ Den Schaden davon haben alle Beteiligten: Da ist erstens das Orchester ČF, 1896 von Antonín Dvořák (1841-1904) gegründet, ein international höchst angesehener "Klangkörper", der zudem bei Tschechen eine nationalkulturelle Hochschätzung genießt, von der man sich im Ausland kaum einen Begriff machen kann: Die ČF gilt als die Inkarnation aller spezifisch tschechischen Kulturwerte, die in der restlichen Welt unwiederholbar sind.¹⁸ Die ČF-Musiker hatten noch Mitte Januar 1996 in einer Erklärung, die sie von einer Spanientournee nach Prag schickten, das amtliche und mediale Vorgehen gegen Albrecht verurteilt.¹⁹ Dabei hatten sie wohl kaum an die kommerziellen "Talente" Albrechts gedacht; dieser hatte die ČF aus früheren und wirtschaftlich uninteressanten Verträgen mit der tschechischen Plattenfirma "Suprafon" gelöst und ihr Devisenverträge mit der japanischen Firma "Pony Canyon" verschafft - die er "aus politischen Gründen" bereits vor seinem Rücktritt wieder kündigte.²⁰

Zum zweiten ist da die Person des erwähnten Dirigenten: Gerd Albrecht, geboren 1935 in Essen, Deutscher, international renommierter Orchesterleiter. Im Oktober 1991 wählten ihn die ČF-Musiker während einer Japan-Tournee in freier Wahl zu ihrem Chefdirigenten²¹, was Albrecht zunächst - in Kenntnis des Rangs der ČF bei den Tschechen und im Wissen um die die konfliktreiche deutsch-tschechische Vergangenheit - ablehnte, dann aber aus Achtung vor dem Votum der Musiker akzeptierte. Sein Vertrag lief offiziell bis zum 30. September 1998, aber es war früh zweifelhaft, ob Albrecht angesichts der wachsenden Gegenwehr gegen ihn den Vertrag würde erfüllen können.²² Als er es Ende Januar 1996 schwarz auf weiß hatte, schrieb Albrecht u.a. an Havel: "Sie haben lange Zeit die Mißachtung meiner Person geduldet, jetzt unterstützen

¹³ Peřoš, Odsun... aaO.

¹⁴ E.B.(?): Mißklang, in: Die Zeit Nr. 5, 26.1.1996, S. 1.

¹⁵ Rudolf Hermann: Albrecht tritt zurück, in: Neue Zürcher Zeitung 31.1.1996.

¹⁶ Gerhard R. Koch: Der Feind, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung 13.1.1996.

¹⁷ Meldung in: Mladá fronta dnes 10.1.1996.

¹⁸ Detailliert zur ČF-Geschichte Ludvík Kaspárek: Česká filharmonie po roce 1945 (Die ČF nach dem Jahr 1945), in: Respekt Nr. 5, 29.1.-4.2.1996, S. 7; der Aufsatz ist als "reklama" publiziert, W.O.

¹⁹ Bericht in: Lidové noviny 15.1.1996.

²⁰ Lidové noviny 24.1.1996.

²¹ Detailliert Kalendárium Albrechtovy éry (Zeitplan der Ära A.), in: Mladá fronta dnes 31.1.1996.

²² Petar Zapletal: Česká filharmonie pod nimeckou taktovkou (ČF unter deutschem Taktstock), in: Respekt Nr. 8, 20.-26.2.1995, S. 18-19.

Sie auch noch das, wogegen Sie einstmals gekämpft haben". Havel ließ den Brief durch seine Kanzlei als im "Ton" verfehlt zurückweisen.²³

Da ist drittens der tschechische Kulturminister Pavel Tigrid (*1917), als jahrzehntelanger Herausgeber der Zeitschrift "Svídectví" (Zeugenaussage) beinahe legendärer "Doyen" der tschechoslowakischen politischen Emigration, der Albrecht lange und "zu meinem politischen Schaden" stützte, zu Jahresbeginn 1996 aber "das Vertrauen zu ihm verlor", weil dieser "ihm nicht die ganze Wahrheit gesagt" hatte.²⁴ Teile der Prager Presse machten sich über dieses "verlorene Vertrauen" des Ministers nach Kräften lustig.²⁵

Da sind viertens die erklärten Gegner Albrechts, die buchstäblich keine Gelegenheit ausließen, um den Dirigenten in Mißkredit zu bringen - er habe dem tschechischen Staat und der tschechischen Kultur durch Absage eines Konzerts im Vatikan geschadet (tatsächlich war das Konzert eine Veranstaltung der New Yorker "Chamber of Commerce", die es zuvor vergeblich englischen Orchestern angeboten hatte); er habe 140.000 DM unterschlagen (Albrecht riet dem Urheber dieses Vorwurfs, dem Posaunisten Ludvík Bortl, zu einer gerichtlichen Klage, was dieser wohlweislich unterließ); er zahle im Ausland für gute Kritiken (der ČF-Pressechef Ludvík Kaspárek spricht nur tschechisch und ignoriert darum alle ausländischen Kritiken); er verstehe nichts von slavischer und speziell von tschechischer Musik, er habe bei einem Massenkonzert in Neumünster im Sommer 1995 Smetanas "Vltava" in einer völlig verfälschten Aufführung dargeboten etc.²⁶ Albrecht, der in der Welt als Experte für slavische und als Wiederentdecker einiger neuerer tschechischer Komponisten gilt und zudem von seinem Vater her "zu einem Viertel Pole" ist, hat diese und andere Vorwürfe in Interviews souverän zurückgewiesen.²⁷ Auch Teile der Presse verteidigten ihn und führten u.a. an, daß er tschechische Komponisten, die in deutschen KZs umgekommen waren (Pavel Haas, Gideon Klein etc.) ins ČF-Repertoire eingebracht habe, daß die ČF unter seiner Leitung 1995 einen "rekordverdächtigen Reingewinn von 1.070.000 DM" eingespielte, daß Albrechts Neuinterpretation der "Moldau" - beliebte Background-Music für Werbe-Spots im tschechischen TV - mit dem typisch tschechischen Traditionalismus gebrochen habe, daß er natürlich "streitbar" sei, denn "ist es vielleicht die Aufgabe eines Chefdirigenten, Psychotherapeut für den Teil der ewig unzufriedenen Musiker und Schmarotzer der ČF im Rentenalter zu sein" u.a.m.²⁸ Es half nichts: Seine Gegner, angeführt von Prof. Jaroslav Smolka, veranstalteten in Prager Hochschulen öffentliche Vorträge über ihn, die zu "absolut chauvinistischen antideutschen Ausfällen der Studenten" führten²⁹ und verteidigten ihre Kampagne noch in Pressekommentaren als legitime Kritik an "Gerd Albrechts grober Fehlinterpretation" von Smetanas Musik.³⁰ Daß Albrecht mit einer ČF-Aufnahme einen deutschen Kritikerpreis gewann, daß er tschechische Kinder auf eigene Kosten nach Deutschland brachte und in Prag Sonderkonzerte für Studenten und Rentner initiierte - das alles und mehr

²³ Wortlaut des Briefs und Kommentar zu ihm in: Lidové noviny 24.1.1996; zu einem deutschen Kommentar zu dem Brief vgl. Michael Frank: Widerspruch, in Süddeutsche Zeitung 24.1.1996.

²⁴ Ivan Hartman: Albrecht ztratil důvěru (A. verlor das Vertrauen), in: Lidové noviny 10.1.1996.

²⁵ Pátrání ministra Tigrida (Die Fahndung des Ministers T.), in: Lidové noviny 10.1.1996.

²⁶ Milan Drápala: Na stopách zločinu v České filharmonii (Auf den Spuren eines Verbrechens in der ČF), in: Respekt Nr. 27, 3.-9.7.1995, S.2; zur Richtigstellung der Vorwürfe vgl. Wolfgang Sandner: Ende der Agonie, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung 31.1.1996.

²⁷ Gert Albrecht (Interview): Musím být velmi opatrný a soudný (Ich muß sehr vorsichtig und besonnen sein), in: Respekt Nr. 25, 19.-25.6.1995, S. 1 und 12.

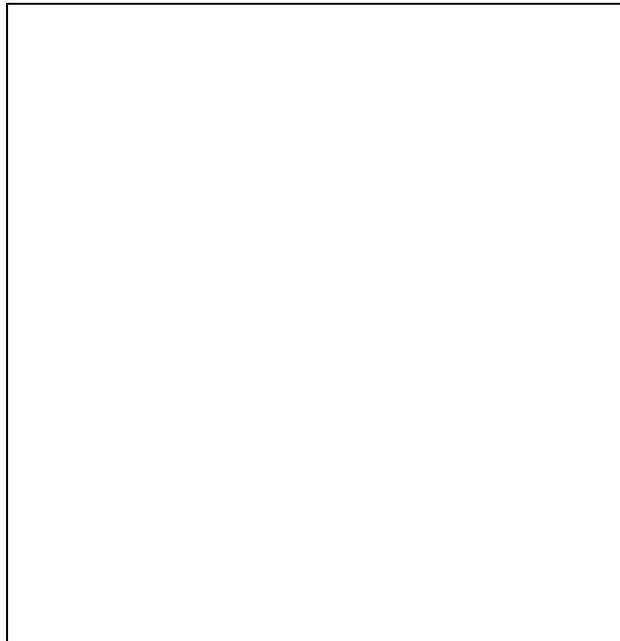
²⁸ Monika Elšíková: Sparta, pivo a Česká filharmonie (Sparta, Bier und die ČF), in: Lidové noviny 17.1.1996.

²⁹ Marek Kopelent: Veřejnoprávní televize a případ ČF (Das öffentlich-rechtliche Fernsehen und der Fall ČF), in: Lidové noviny 13.1.1996.

³⁰ Jaroslav Smolka: Ke Kopelentovi obhajobì Gerda Albrechta (Zu Kopelents Verteidigung von G.A.), in: Lidové noviny 18.1.1996; dieser Artikel bezieht sich auf den in der vorhergehenden Fußnote zitierten, W.O.

erfuhr man in Prag erst nach seinem Weggang, wie auch das ironische Faktum, daß der neue ČF-Chef Jiří Kovář "außer Musicals keine andere Musik mag und auch keinerlei musikalische Bildung besitzt".³¹

Und schließlich sind da noch fünftens die tschechischen und deutschen Medien, die den "Fall Albrecht" aufbrachten und aufgriffen. Auf tschechischer Seite profilierte sich hierbei vor allem die



Tageszeitung "Rudé právo" (Rotes Recht), die sich inzwischen zu "Právo" (Recht) umbenannt hat, als ehemaliges "Zentralorgan" der Kommunistischen Partei aber über ausreichende Erfahrungen in derartigen Kampagnen verfügt. Noch Albrechts Brief an Havel bezeichnete das Blatt als Beweis des "Mangels an grundlegender Achtung und Ehrfurcht gegenüber einem Staatsoberhaupt", als Zeugnis von "Arroganz und Kritikunfähigkeit", als Schreiben in einem "flegelhaften (hulvátský) Kontext" usw.³² Die deutschen Medien, etwas verwundert über diesen Kleinkrieg an der Moldau, zogen nach und verbreiteten über Albrecht Dinge, die dieser wohl gesagt, aber nicht "autorisiert" hatte³³, was in Prag eskalierende Wellen schlug usw. Oder auch deeskalierende, denn langsam kam ein gewissermaßen "schwejkischer" Geist in

die ganze Angelegenheit. Auf nebenstehender Karikatur verlangt z.B. jemand in einem Musikgeschäft: "Mein Vaterland mit der Tschechischen Philharmonie, aber bitte irgendeine ältere, nicht politisierte Aufnahme".³⁴ Und: nach Albrechts letzter Pressekonferenz fragten die ČF-Musiker Jiří Formáček und Milan Kantorek einige anwesende tschechische Journalisten, ob sie von der Presse seien; als diese bejahten, zeigten die Musiker ihnen die Tür und sagten: "Und jetzt schert euch 'raus!' (A ted' vypadnete!)"³⁵

3. Schäden und Schadensbegrenzung

Den Schaden - wenn denn einer aus der ganzen Affäre entstehen sollte - hat die tschechische Führung, wie man auch an Details ersehen kann. Da kam am 19. Januar 1996 der tschechische Premier Václav Klaus nach Bonn, um am Rande eines internationalen Forums "die in den letzten Tagen deutlich gewordene Belastung der Beziehungen zwischen Bonn und Prag aus der Welt zu schaffen" - beispielsweise mit der Aussage, daß dieses Verhältnis grundsätzlich "besser als je zuvor" sei.³⁶ Bundeskanzler Kohl war aus terminlichen Gründen zu keinem Treffen mit Klaus bereit.³⁷ Diese Begründung wurde sogar im Ausland als "klassische bürokratische Ausrede"

³¹ Monika Elšíková: Konec trapnosti a začátek bezvlády v Rudolfinu (Ende der Peinlichkeit und Beginn der Lähmung im Rudolphinum), in: Lidové noviny 31.1.1996.

³² Jirí Tluchoř: Albrecht vzal na Havla rákosku (A. holte für Havel den Rohrstock heraus), in: Právo 24.1.1996.

³³ Bericht in: Mladá fronta dnes 10.1.1996.

³⁴ In: Lidové noviny 18.1.1996.

³⁵ Elšíková, Konec trapnosti... aaO.

³⁶ Bericht in: Süddeutsche Zeitung, 22.1.1996.

³⁷ Meldung in: Kölner Stadtanzeiger, 18.1.1996.

empfunden³⁸, in deutschen Blättern mit unverkennbaren Meinungsdivergenzen der beiden Regierungschefs zu ihren jeweiligen Außenministern in Verbindung gebracht und dahingehend interpretiert, daß aus wahltaktischen Überlegungen "Kohl und Klaus eben kein Interesse" hätten, in der aktuellen Lage einen "Durchbruch" in Streitfragen zu erzielen.³⁹ Da veröffentlichte eine große Berliner Tageszeitung eine kurze Meldung, daß sie ein "Gespräch" mit Präsident Havel geführt habe - welches europäische Blatt hätte das wohl noch vor ein paar Monaten gewagt, mit Václav Havel ein Gespräch zu führen und dieses nicht im vollen Wortlaut zu veröffentlichen? Zudem zitierte das Blatt Havel gerade mit den Aussagen, die in einem weiteren Sinne unzutreffend waren: Der Dirigent habe diese und jene Fehler gemacht, aber "mit Albrechts Deutschtum hat es allerdings absolut nichts zu tun".⁴⁰ Zu eben dieser Äußerung bemerkte der Hamburger "Spiegel": "Havel verlautbarte, mit dem 'Deutschtum' Albrechts hätten die Turbulenzen nichts zu tun (falsch), wohl aber mit dem von ihm zu verantwortenden 'Zustand des Verfalls' im Ensemble (kaum richtig)".⁴¹

Gerd Albrecht ist allein an seinem "Deutschtum" gescheitert - was zwar nie ein Prager Politiker einräumen wird, was aber die (fast) einhellige Ansicht der Prager *vox populi* ist.⁴² Der Dirigent kannte diese allgemeine Einstellung zu ihm und fühlte sich ihr gegenüber absolut machtlos: "In der ganzen Welt hält man mich für einen Experten slavischer Musik. Nicht nur der von Dvořák und Janáček, sondern auch von Musorgskij und Čajkovskij. Aber hier in Prag wiederholen einige Leute ständig: das ist ein allzu kalter und akademischer Deutscher".⁴³

Dieser Umstand, daß ein Künstler durch anonyme Stereotype zu seiner Nationalität von seinem Posten "weggegrault" wird, ist der einzige interessante Aspekt an der ganzen Affäre. Insgesamt könnte man sie wohl als Bagatelle ansehen - die in einer weiteren Sicht geradezu als Beleg dafür dienen könnte, daß es zwischen Tschechen und Deutschen keine wirklichen *Konflikte* mehr gibt (anderenfalls wären die Musiker des "nationalen Kleinods" ČF nie auf die Idee gekommen, einen *Deutschen* zu ihrem Chef zu erwählen): Die Tschechische Republik ist eine Art osteuropäisches "Lieblingskind" der EU⁴⁴; sie will Mitglied von EU und NATO werden⁴⁵, Deutschland soll und will ihr dabei helfen⁴⁶; sie hat im Jahre 1995 eine wirtschaftliche und soziale Stabilität erreicht, von der andere postkommunistische Länder kaum zu träumen wagen⁴⁷; Nordböhmen, Sachsen und Bayern praktizieren im Rahmen der "Euregio Egrensis" seit Jahren eine hervorragende grenzüberschreitende Kooperation⁴⁸; Tschechen und Deutsche kommen zusammen, um in Dialog und gemeinsamer Arbeit dunkle Punkte der Vergangenheit aufzuarbeiten⁴⁹ - was kann angesichts

³⁸ Dmitrij Pogorzel'skij: Dlinnye teni prošlogo (Die langen Schatten der Vergangenheit), in: Segodnja, 19.1.1996.

³⁹ Bericht in: der Spiegel, Nr. 5/1996, S. 33.

⁴⁰ Tagesspiegel 15.1.1996.

⁴¹ Klaus Umbach: Falsches Hurra, in: Der Spiegel Nr. 5/1996, S. 168.

⁴² Ausführlich dokumentiert von Susanne Bittorf in einem "Hintergrund Politik" im: Deutschlandfunk 11.1.1996.

⁴³ Albrecht, Musím být... aaO.

⁴⁴ Vgl. die Chronologie der Beziehungen in: Mezinárodní politika Nr. 1/1995, S. 7.

⁴⁵ Josef Zieleniec: Česká republika na cesti k evropské integraci (Die Tschechische Republik auf dem Weg zur europäischen Integration), in: Mezinárodní politika Nr. 1/1995, S. 4-5.

⁴⁶ Bedrich Utitz: Nimecko pøed osudnym rokem (Deutschland vor einem Schicksalsjahr), in: Mezinárodní politika Nr. 2/1994, S. 4-7.

⁴⁷ Prager Zeitung Nr. 1, 4.1.1996.

⁴⁸ Detailliert Meinhard Miegel (Hrsg.): Grundlagen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit der grenznahen Regionen Polens, der Tschechischen Republik und Deutschlands, Transformationen 1, Leipzig 1994.

⁴⁹ Franz Olbert, Petr Prouza (Hrsg.): Deutsche und Tschechen - Neue Hoffnung? Češi a Němci - nová naděje? Prag 1992.

so vieler hoffnungsvoller Entwicklungen eine Lappalie wie die um den deutschen Dirigenten überhaupt anrichten? Zeitgleich zum "Fall Albrecht" kündigte der tschechische Außenminister Josef Zieleniec (*1946) die "Anmeldung" (pøihláška) der Tschechischen Republik für die EU an⁵⁰, und Premier Klaus reiste am 22. Januar 1996 nach Rom, um Lamberto Dini, dem (amtierenden) Premier Italiens, das die EU-Präsidentschaft innehatte, die tschechische Anmeldung zur Union zu übergeben - womit Prag den "ersten prozeduralen Schritt zur Mitgliedschaft" tat, nämlich "auf dem Wege in die Gruppierung westlicher Staaten, zu denen Böhmen und Mähren traditionell gehören".⁵¹ Die bloße Tatsache dieser "Anmeldung" zeigt, daß man in Prag keinerlei "Störfuer" aus Bonn befürchtet, denn natürlich wurde dieser Schritt im detailliertesten Wissen um die starke Position Deutschlands in der EU getan, vor allem des "gegenwärtigen deutschen Kanzlers, der allgemein als die einzige europäische Persönlichkeit gilt, die in der EU ihre Vorstellungen durchsetzen kann".⁵² In Prag gilt eben noch die einfache und zutreffende Berechnung, die Anfang 1995 Außenminister Josef Zieleniec aufstellte: Viele möchten in die EU, wenige sind für sie vorbereitet, "schon gar nicht in dem Maße, in dem wir es sind". Und wenn Prag Helmut Kohls "Worte als offenkundiges und positives Signal seitens der EU auffassen" will, dann folgt daraus, wen man an der Moldau als bedeutsamsten Fürsprecher eigener Europawünsche ansieht.⁵³ Grundsätzlich gilt eben doch, was Ex-Außenminister Jiøi Dienstbier zum aktuellen deutsch-tschechischen Verhältnis sagte: "Wer hat denn keine Probleme mit seinen Nachbarn? Entscheidend ist doch, ob wir Streit friedlich und freundlich lösen oder ob wir uns über den Zaun mit Steinen bewerfen".⁵⁴

Das Hickhack um den deutschen Dirigenten hat die Aufmerksamkeit auf einige Vorfälle ähnlicher Natur gelenkt: In tschechisch-deutscher Grenznahe verhindern nationalistische "Klubs des tschechischen Grenzgebiets" (Kluby českého pohraničí), "in denen sich Kommunisten und Republikaner die Hand geben", die bereits zugesagte Anlage deutscher Soldatenfriedhöfe (von denen es in der Republik längst mehrere gibt)⁵⁵; im südmährischen Pohorelice wurde ein Friedhof für 890 deutsche Opfer des sog. "Brünner Todesmarsches" (brnensky pochod smrti) vom 31. Mai 1945 beseitigt, der bei den Anwohnern schon lange "Aversionen" geweckt hatte⁵⁶; General Radovan Procházka, neuer Chef des vereinigten militärischen Geheimdienstes, gilt als erklärter Gegner Deutschlands, der bereits 1992 den damaligen tschechischen Premier Pithart in einem geheimen Memorandum vor einer "Bedrohung der tschechischen Souveränität durch deutsches Kapital" warnte und später ähnliche und demonstrativ antideutsche Schritte unternahm⁵⁷; zwischen Prag und Bonn kommt eine beiderseits angestrebte "Deklaration" zum bilateralen Verhältnis nicht vom Fleck⁵⁸, weil gewisse Streitpunkte - "Beneš-Dekrete" und "Vertreibung Deutscher" in der ersten Nachkriegszeit versus "Entschädigung tschechischer Nazi-Opfer"⁵⁹ - in immer schrillerem Tonfall diskutiert werden. An der Pädagogischen Hochschule Plzeò (Pilsen)

⁵⁰ Josef Zieleniec: Česká republika podává pøihlášku (Die Tschechische Republik gibt eine Anmeldung ab), in: Lidové noviny 10.1.1996.

⁵¹ Petr Zavadil: Klausův historický krok (Klaus' historischer Schritt), in: Lidové noviny 22.1.1996.

⁵² Jan Macháček: Dobrý den, Evropo, in: Respekt Nr. 4, 22.-28.1.1996, S. 9-11.

⁵³ Zieleniec: Česká republika...aaO.

⁵⁴ Interview in: Der Spiegel, Nr. 4/1996, S. 29-30.

⁵⁵ Martin Kontra: V Chebu se bojí strašidel (In Cheb fürchtet man Gespenster), in: Respekt Nr. 7, 13.-19.2.1995, S. 5.

⁵⁶ Petr Hampl: Nepøátele až za hrob (Feinde bis übers Grab hinaus), in: Respekt 17, 24.-30.4.1995, S. 5.

⁵⁷ Jaroslav Spurný: Protinìmecká ofenziva generála Prochazky (Die antideutsche Offensive des Generals P.), in: Respekt Nr. 9, 27.2.-5.3.1995, S. 5.

⁵⁸ Bohumil Doležal: Místo otevøenosti počítání mrtvol (Anstatt Offenheit Leichenzählen), in: Respekt Nr. 50, 11.-17.12.1995, S. 2.

⁵⁹ Zbyòek Petráček: Spor o Zieleniecův balík (Streit um Zieleniec' Paket), in: Respekt Nr. 15, 10.-16.4.1995, S. 3.

wurde der Deutsche Frank Bolt, gebürtig aus Cheb (Eger) und bekannt für sein Engagement für einen sudetendeutsch-tschechischen Dialog, zum Professor für Geschichte berufen, was augenblicklich "Proteste" wie weiland gegen Albrecht auslöste.⁶⁰ Sind Tschechen und Deutsche dabei, ihre beiderseitige Bereitschaft zu Kooperation und Miteinander durch Nebensächlichkeiten und durch die gerade in bilateralen Fragen notorische "Aufgeregtheit" (rozčilení)⁶¹ zu gefährden?

Ganz gewiß nicht! Die "Aufgeregtheit" ist nur eine - die kleinere und temporäre - Seite gegenwärtigen deutsch-tschechischen Wortwechsels. Auf der anderen Seite steht eine begeisternde Vielzahl souveräner Aussagen, Analysen und Dokumentationen, die gerade zu den neuralgischsten Phasen des deutsch-tschechischen Verhältnisses kaum einen Wunsch nach Aufklärung offenlassen. Zwischen Politikern gibt im Grundsätzlichen überhaupt keine Unterschiede - beispielsweise bezeichnete sich der tschechische Premier Václav Klaus 1993 in seinem Streben nach "Europa" in schönster Offenheit als einen Bewunderer und Nachfolger Konrad Adenauers.⁶² Und wenn tschechische Staatsmänner einmal etwas sagen, was den Erkenntnissen tschechische Wissenschaftler und Publizisten zuwiderläuft, kommt augenblicklich Kritik: Als z.B. Václav Havel Anfang 1995 in seiner berühmten Rede über das deutsch-tschechische Verhältnis sagte, daß "ein großer Teil unserer Bürger deutscher Nationalität" in den 30er Jahren der "Diktatur, Konfrontation und Gewalt den Vorzug vor Demokratie, Dialog und Toleranz gab", wurde er sofort korrigiert: "Den Sudeten-Deutschen ging es nicht um Diktatur, Konfrontation und Gewalt, sondern sie machten das Recht auf nationale, politische Emanzipation geltend - dasselbe Recht, das die Tschechen 1918 nutzten, als sie die morsche Monarchie zerschlugen".⁶³ Mehr noch: Die deutsche Volksgruppe in der tschechoslowakischen "Ersten Republik" war (wie tschechische Autoren mit allem Recht sagen) von denkbarster Heterogenität, so daß sie auch nachträglich nicht als ein Kollektiv angesprochen werden darf; erst ihre Vereinnahmung durch Hitler und ihre kollektive Vertreibung nach dem Krieg machten sie zu einer "Schicksalsgemeinschaft" (společensví osudu), was partiell auch in "unsere Verantwortung" fällt.⁶⁴

Es ist wohl auch ein Zeichen von Pluralismus, wenn neben solchen Aussagen andere stehen, die eher eines gewissen Unterhaltungswertes wegen zur Kenntnis genommen werden sollten. Da verstieg sich z.B. der liberale Historiker Dušan Tøeštík (*1933) zu einem total verunglückten "Rettungsversuch" in der Affäre Albrecht: Die Tschechen sind nicht xenophob, sondern "nervös und überempfindlich"; nervös sind sie "nicht gegenüber Fremden, sondern gegenüber Deutschen"; das aber ist kein "ererbter antideutscher Komplex", sondern "das jüngere und völlig legitime Trauma von München"; weil die Deutschen nicht die Ungültigkeit des Münchner Abkommens *von Anfang an* einräumen wollen, vermitteln sie den Tschechen den Eindruck, daß sie in einem Staat leben, "dessen Rechtsordnung der mächtige Nachbar jederzeit in Zweifel ziehen kann". Kurz: "Die ehrenwerte tschechische Gesellschaft wird nicht von Herrn Albrecht nervös gemacht, sondern durch Kanzler Kohl".⁶⁵

⁶⁰ Dušan Tøeštík: Jsme xenofóbní nebo jen nervózní? (Sind wir xenophob oder nur nervös?), in: Lidové noviny 31.1.1996.

⁶¹ Bohumil Doležal: Rozčilení není program (Aufgeregtheit ist kein Programm), in: Respekt Nr. 12, 20.-26.3.1995, S. 3.

⁶² Václav Klaus: The Czech Republic and European Integration, in: Perspectives (Prag) Nr. 2/1993-94, S. 7-11.

⁶³ Bohumil Doležal: Co patří do historie (Was zur Geschichte gehört), in: Respekt Nr. 9, 27.2.-5.3.1995, S. 2-3.

⁶⁴ Zdeòek Vašiček: Mír na čestné slovo (Frieden auf Ehrenwort), in: Respekt Nr. 19, 9.-14.5.1995, S. 9-11.

⁶⁵ Tøeštík, Jsme xenofóbní... aaO.

Sind das "Argumente" - oder Griffe nach dem populistischen "Strohalm" in Momenten der Argumentationsarmut? Vermutlich nicht zum geringsten Teil letzteres, denn solche Widersinnigkeiten tauchen häufig dann auf, wenn sachlich zwar gar nichts für sie spricht, von ihnen aber aber ein gewisser "Appell" ausgehen könnte, der die Hörer für den Sprecher einnähme. So etwas ist jedoch kein tschechisches Spezifikum: Im polnischen Wahlkampf 1995 rutschte Präsident Wałęsa in einem aufgezeichneten Interview der Satz heraus, falls sich Polens Beitritt zu EU und NATO verzögere, "werde die deutsche Minderheit womöglich die Angliederung Schlesiens an Deutschland fordern". Eine lachhafte Spekulation - was Wałęsa wohl als erstem bewußt wurde: Er forderte die Streichung dieses Satzes, und - als Interviewpartnerin Monika Olejnik ablehnte - verbot die Ausstrahlung des ganzen Interviews.⁶⁶

4. Deklamationen um eine Deklaration

Wen hat es in Deutschland noch Ende 1995 gekümmert, daß Bonn und Prag um eine gemeinsame "Deklaration" verhandeln? Ein paar Wochen später war diese Deklaration in allen deutschen Medien präsent - nachdem Außenminister Zieleniec *ohne* fertige Deklaration aus Bonn zurückkehrte, "in Prag die deutsche Seite ungewöhnlich scharf angriff, sie stelle eine neue Forderung", wohingegen Premier Klaus "keine neue Forderungen" erkannte, wozu noch mehrdeutige Äußerungen des deutschen Außenministers Kinkel und des tschechischen Botschafters Grůša kamen usw. Und das alles geschah vor dem Hintergrund von Klaus' unwidersprochener Feststellung, "daß die ökonomischen, die zwischenmenschlichen und die anderen Beziehungen mit Deutschland gut sind".⁶⁷ Wozu also noch eine förmliche "Deklaration", zumal die Öffentlichkeit nicht recht wußte oder erfuhr, was der Inhalt sein sollte, worum man sich bei den Verhandlungen so endlos mühte. Am 31. Januar 1996 war die Deklaration auch Gegenstand einer (stürmischen) "Aktuellen Stunde" im Deutschen Bundestag, wobei Sprecher der Opposition die Bundesregierung des "Lügens" und "Draufsatteln" beschuldigten.⁶⁸ Auch in der Tschechischen Republik fehlte vielen der Überblick über dieses diplomatische "Gemeinschaftsunternehmen".

"Es geht überhaupt nicht", erläuterte der Historiker Dušan Tøeštík in einer sehr gedankentiefen Analyse, "oder höchstens ganz entfernt und indirekt um eine Aussöhnung (smíøení) der Völker, der Tschechen und der Deutschen. Wer das Gegenteil behauptet, übersieht absichtlich oder unabsichtlich eine auffällige, heute und tagtäglich vom Leben bekräftigte Realität, die die absolut normalen Beziehungen zwischen beiden Völkern bezeugt (worauf besonders Václav Klaus zu Recht verweist), sie bringen völlig divergente Dinge durcheinander. Falls es hier noch etwas zu versöhnen gibt, dann wird es binnen kurzem durch die einfache menschliche Sterblichkeit so gelöst, daß die abtreten, die vergangene Untaten noch schmerzen".⁶⁹ Deutsche und Tschechen glauben, nochmals verhandeln zu müssen, weil der vor einigen Jahren geschlossene deutsch-tschechoslowakische Nachbarschaftsvertrag einige Rechts- und Besitzfragen bewußt ausgeklammert hatte.⁷⁰ Diese Fragen will oder kann man jetzt auch nicht lösen, also will man sie gegeneinander aufrechnen - oder "auspokern", wie Tøeštík ironisch meinte. Die deutsche Seite hat die "Besitz- und anderen Ansprüche der Sudetendeutschen" als ihr Blatt im Spiel, die

⁶⁶ Heiko Flottau: Walesa und das deutsche Gespenst, in: Süddeutsche Zeitung 8.9.1995.

⁶⁷ Robert Dengler: V labyrintu øsko-nimeckých vztahù (Im Labyrinth tschechisch-deutscher Beziehungen), Lidové noviny 22.1.1996.

⁶⁸ Berichte in: Frankfurter Allgemeine Zeitung 1.2.1996 und anderen Blättern vom Tage.

⁶⁹ Dazu und zum folgenden Dušan Tøeštík: Ani o milimetr aneb eso v rukávu (Keinen Millimeter oder Ass im Ärmel), in: Lidové noviny 15.1.1996.

⁷⁰ Vgl. dazu Wolf Oschlies: Ehe Nachbarschaft zur Nähe wird. Der deutsch-tschechoslowakische Nachbarschaftsvertrag in deutscher, tschechischer und slowakischer Sicht, in: Berichte des BIOst Nr. 60/1991.

tschechische den "Anspruch tschechischer Nazi-Opfer auf Entschädigung", eventuell noch die "Frage eines Friedensvertrages mit Deutschland (den gibt es nämlich nicht) und der Kriegsreparationen (die Deutschland nicht gezahlt hat und nicht zahlt)".

Soweit die Ausgangslage; besonders spannend wird die Pokerpartie nicht werden (um in Tøeštík's Bild zu bleiben), denn beide Seiten tun eventuell nur so, als hätten sie noch "ein Ass im Ärmel", aber in Wahrheit werden sie sich wohl an die Spielregeln halten - weil sie gar nicht anders können: Würde z.B. der deutsche Verhandlungspartner *alle* 21 Forderungen der Sudetendeutschen durchzusetzen suchen, von "Heimatrecht" (právo na vlast) bis "Besitzrückgabe" (majetková restituce), dann käme er damit "gefährlich dem nahe, was man in den internationalen Beziehungen einen feindlichen Akt nennt". Nicht einmal nachdrücklich auf diesen Katalog verweisen dürfen die Deutschen, denn das könnte als unzulässiger Druck auf den Nachbarn ausgelegt werden und die "gesamte Europapolitik" Deutschlands in Zweifel ziehen. Ergo: "Die tschechische Seite hat keinen Grund, für die historisch absehbare Zeit ein neues München zu fürchten, noch muß eine eventuelle (sich historisch bereits abzeichnende) dominante Stellung Deutschlands in Europa für sie notwendigerweise eine potentielle Bedrohung sein". Denn diese eventuelle dominante Stellung (so Tøeštík weiter) wird Deutschland nur in seiner vollsten Einbindung in Europa erlangen, und diese Einbindung wird von ihm die "Bürde" (bøimi) nehmen, irgendwann einmal als "Großmacht" (velmoc) auftreten zu müssen, was es "nicht will und nicht kann". Mehr noch: Gegenüber dem "unvorhersehbaren Rußland, wo imperiale Politik die einzige Konstante ist", muß Deutschland aus eigenen Sicherheitserwägungen im Osten "demokratische Staaten" haben, "die deshalb auch (die Tschechische Republik eingeschlossen) so rasch als möglich Bestandteil des vereinten Europa werden müssen".

Mit anderen Worten: Deutschland strebt ein vereintes Europa an, das etwa "nach dem Muster der föderativen Ordnung der deutschen Republik" gestaltet ist, und diese Vorstellung geht weiter als die "gaullistischen" Konzeptionen Frankreichs und der "latente Euroskeptizismus" Englands. Aber die deutsche Vorstellung entspricht tschechischen Wünschen, und darum "haben wir also ein gemeinsames Interesse" und "müssen zueinander Vertrauen haben". Ein gedankliches Durchspielen "aller Eventualitäten ist kein Malen eines nicht existierenden Teufels an die Wand, sondern die selbstverständliche Pflicht von Václav Klaus, Václav Havel und Josef Zieleniec".

Soweit Tøeštík, der im Tonfall exakt jene Gelassenheit traf, die auch Premier Václav Klaus aus guten Gründen bevorzugt; in einem Interview mit der Tageszeitung "Lidové noviny" - bis 1989 führende Zeitung der tschechischen Dissidenten, seither renommierteste tschechische Tageszeitung (mit leicht deutschkritischem "touch") - äußerte er sich Mitte Januar 1996 zum aktuellen Stand der tschechisch-deutschen Beziehungen:⁷¹

LN: Außenminister Josef Zieleniec beschwert sich über Steigerungen der Ansprüche von deutscher Seite. Dennoch ist es legitim von deutscher Seite, Ansprüche zu stellen, Deutschland hat seine demokratische Repräsentation, die seine legitimen Interessen vertritt. Dachte Minister Zieleniec vielleicht, daß Deutschland gewisse formale Gepflogenheiten des Verhandeln verletzt hat?

VK: Ich würde das überhaupt nicht so sehen. Es geht gewiß nicht um die formale Seite der Angelegenheit, es geht selbstverständlich ausschließlich um den Inhalt. Ich bin etwas verwirrt, wenn ich die Schlagzeilen aller unserer Massenmedien lese und dort solche Wörter sehe: beschuldigt, Steigerung von Ansprüchen, neue Forderungen usw.

⁷¹ Václav Klaus (Interview): Žádné nové komplikace (Keine neuen Komplikationen), in: Lidové noviny 19.1.1966.

LN: Sind das für Sie unangemessen starke Worte?

VK: Ja. Das sind starke Worte, die erst dann Komplikationen der tschechisch-deutschen Beziehungen bringen können, wenn die andere Seite auf sie mit gleich starken Worten reagieren wird. Ich für meinen Teil, der ich in den letzten Jahren mit der deutschen Seite ungezählte Verhandlungen zu diesem Thema geführt habe, sehe keine neuen Komplikationen. Ich bin in permanenter Diskussion darüber, ob da ein Wörtchen mehr oder ein Wörtchen weniger sein soll. Darunter gibt es keine neue Formulierung, keinen Satz, den wir nicht schon gehört hätten. (...) Ich sehe das alles als eine der Unteretappen des für mich mehr oder minder ewigen tschechisch-deutschen Problems.

LN: Der Beobachter des praktischen Lebens und der laufenden tschechisch-deutschen Kontakte sieht keinerlei grundlegende Probleme. Ist es nicht eher so, daß Ihre Regierung selber das Bedürfnis verspürt, vor den Wahlen starke Worte an unsere Öffentlichkeit zu richten, die dennoch nur wenig antideutsch gestimmt ist?

VK: Ich würde nicht von unserer Regierung sprechen. Sie wissen gut, daß ich solche Worte weder benutze, noch irgend wohin richte. Eher bemühe ich mich, die Situation nicht zu dramatisieren und das als einen von Dutzenden Schritten auf dem langen Wege zu einer Verbesserung der nachbarlichen tschechisch-deutschen Beziehungen hinzustellen.

Dieser sachlichen und angemessenen Einstellung der Prager Führung steht eine andere Konzeption gegenüber, die in den Medien wachsenden Raum beansprucht: "Ein bißchen tragikomisch" nannte im April 1995 die Prager Wochenzeitung "Respekt"⁷² Ansichten, die ein Mitarbeiter des Philosophischen Instituts der Akademie der Wissenschaften ausbreitete⁷³: Das wiedervereinigte Deutschland ähnelt einem Menschen, der sich nur solange gut benimmt, wie er sich beobachtet weiß - hört die Beobachtung auf, kehrt er zu seiner eigentlichen Natur zurück. Deutschlands wahre Natur zeigte sich 1995 beim Gedenken an das Ende des Weltkriegs vor 50 Jahren, "bei dem die Tschechoslowakei, ungeachtet der Meinung heutiger politischer Alphabeten, zu den siegreichen Demokratien gehörte". Jetzt aber erfolgt eine besondere "Konkretisierung des deutschen Europäertums im Verhältnis zur Tschechischen Republik, im Unterschied zu Polen: entweder werdet ihr entgegenkommend zu denen sein, die eine Revision der Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs fordern, oder ihr gehört nicht zum neuen Europa". Deutschland ist also ein Erpresser, dessen Motive auf der Hand liegen: "Deutschland wünscht im Verhältnis zur Tschechischen Republik (...), den Ausgang des Zweiten Weltkriegs so zu korrigieren, daß es in einem moralisch günstigeren Licht erschiene, als es der Wirklichkeit entspricht. (...) Deutschlands Verhalten gegenüber dem angeblich bedeutungslosen Nachbarn - der zu denen gehörte, dessen Sieg im schlimmsten Krieg unseres zu Ende gehenden Jahrhunderts wir in diesem Jahr zu Recht gedachten - ist im gesamteuropäischen und weltweiten Maßstab alarmierend". Deutschlands "Europäertum" ist also nichts anderes "als eine Reprise dessen, womit alles begonnen hat und wogegen sich Westeuropa seit Kriegsende zu vereinigen sucht", nämlich Zwang und Erpressung gegen wehrlose Kleine. Dagegen muß die Tschechische Republik mit der "sachlichen Sprache eines selbstbewußten Siegers des Zweiten Weltkriegs" auftreten. Soweit der tschechische Kommentator - der offensichtlich keine einzige Entwicklung in Deutschland und in Westeuropa während der letzten fünfzig Jahre mitbekommen hat: Wer Deutschland *so* empfindet und schildert, unterschätzt zugleich die Urteilsfähigkeit der internationalen Gemeinschaft, die ein nach dem Zweiten Weltkrieg demokratisch gewandeltes

⁷² Petráček, Spor o... aaO.

⁷³ Miloslav Bednář: Problémy nimeckého evropanství a ctnost odvahy (Probleme des deutschen Europäertums und die Tugend des Muts), in: Lidové noviny 25.3.1195.

Deutschland als Partner akzeptiert hat.⁷⁴ Andere Kommentare in Prag sind da weit zeitgemäßer: Der Westen hat 1995 keines "Sieges" gedacht, sondern des Friedens; der ehemalige Kriegsgegner Deutschland gehört längst zu einer Koalition mit den ehemaligen Siegern, während die Tschechische Republik keine Neigung zeigt, mit ihren ehemaligen "Verbündeten im Osten" engere Kontakte einzugehen; "dennoch überwiegt bei uns die Einstellung gegenüber Deutschland aus einer Position der Stärke heraus".⁷⁵

Ist Deutschland eine "Großmacht" oder ein "Kriegsverlierer"? Stellt Deutschland "Besitzforderungen" an die Tschechische Republik, stellt es diese unter Anwendung unzulässigen Drucks, und verletzt es mit beidem das Völkerrecht? Kann und muß die Tschechische Republik sich daran erinnern, wer 1945 "Sieger" und wer "Verlierer" war? Um diese Fragen, die ja selbst vom offiziellen Prag als gegenstandslos behandelt werden, kreist in der Tschechischen Republik seit geraumer Zeit eine immer vielstimmigere, immer aufgeregtere Debatte.⁷⁶ Da behauptete z.B. ein so guter Kenner Deutschlands wie der Germanist Eduard Goldstücker, "daß die Bundesregierung an ihre Nachbarn keine Forderungen stellt, ausgenommen die Tschechische Republik", und er fragte: "Wollen sie ständig einen Fuß in unserer Tür haben?" Da verlas in einer TV-Debatte Ex-Außenminister Jiří Dienstbier aus dem Pariser Vertrag vom 23. Oktober 1954, "daß die Bundesrepublik Deutschland keine Besitzansprüche gegen die Länder der Siegerkoalition, unter denen die Tschechoslowakei ausdrücklich genannt wurde, erheben darf", und Dienstbier fügte hinzu, daß "die Gültigkeit dieser Bestimmung im 2+4-Vertrag erneut ausdrücklich bekräftigt wurde".

Wo also ist das Problem? Deutschland erhebt keine Besitzansprüche, der deutschen Politik geht es, wie der damalige SPD-Vorsitzende Rudolf Scharping im April 1994 in Prag ausführte, höchstens darum, "die Sudeten-Deutschen in Gespräche einzubinden, die eine dauerhafte Aussöhnungen bringen sollten".⁷⁷ Dem übergeordnet aber ist, nach den Worten Richard von Weizsäcker, daß "wir gegenüber den baltischen Staaten, Polen und der Tschechischen Republik (...) eine wirkliche geschichtliche Verantwortung haben".⁷⁸ Die Tschechische Republik weiß und erkennt das an, zu Recht darauf rechnend, daß Deutschland aus Eigeninteresse mehr als andere europäische Länder für seine Nachbarn im Osten tut.⁷⁹ Selbst publizistische Deutschland-Kritiker aus Prag kommen an dieser Tatsache nicht vorbei, aber sie argwöhnen, daß Bonn zum einen ein unehrliches Spiel spielt: "Einen internationalen Vertrag zu mißachten, ist keine leichte Sache, und so bemüht Deutschland sich, die ganze Angelegenheit von der zwischenstaatlichen Ebene auf das Niveau Tschechische Republik - Sudetendeutsche Landsmannschaften (landsmanshafty) herunterzubringen und so ein Gesetz zu umgehen, das es Deutschland verbietet, gegen unseren Staat Restitutionsforderungen zu erheben". Zum zweiten meinen die Kritiker, daß Deutschlands Verhalten einen nachhaltigen internationalen "Rüffel" verdient: "Die Kommunisten verlangten seinerzeit, daß die Liebe zur Sowjetunion in Gesetzen verankert würde, die Deutschen wollen, daß in ihnen das Bedauern über die Abschiebung (= Vertreibung von Deutschen nach 1945, W.O.) verankert werde. (...) Ich denke, die Zeit ist gekommen, klar auszusprechen, daß wir auf der Gültigkeit dieses Vertrags (= Paris 1954, W.O.) beharren, und daß Deutschland offen sagen

⁷⁴ Michael L. Hughes: Restitution and Democracy in Germany after Two World Wars, in: Contemporary European History Nr. 1/1995, S. 1-18.

⁷⁵ Petráček, Spor o... aaO.

⁷⁶ Zu einem Überblick und eigenem Kommentar vgl. Václav Belohradský: Vyjasnilo se (Es ist alles klar), in: Lidové noviny 30.1.1996.

⁷⁷ Wortlaut der Rede als Beilage zu: Mezinárodní politika Nr. 5/1994.

⁷⁸ Richard von Weizsäcker: Zahraničnopolitické zájmy Nemecka (Die außenpolitischen Interessen Deutschlands), in: Mezinárodní vztahy Nr. 1/1994, S. 50-55.

⁷⁹ Bedøich Utitz: Nimecko pøed osudným rokem (Deutschland vor einem Schicksalsjahr), in: Mezinárodní politika Nr. 2/1994, S. 4-7.

muß, ob es ihn respektiert oder nicht. Das liegt im Interesse anderer deutscher Nachbarn, vor allem Polens. Das gegenwärtige Europa basiert darauf, daß Deutschland bislang eindeutig seinen Status als geschlagener Staat respektierte".⁸⁰

Wie einleitend bemerkt, haben solche (für Deutsche und andere völlig unnachvollziehbaren) Debatten immer auch einen erhellenden "Ertrag". Im konkreten Falle liegt er darin, daß sich bekannte Gegner Deutschlands wie der Prager Völkerrechtler Richard Král zu Worte meldeten, um Jiří Dienstbier, Ex-Außenminister der Tschechoslowakei, zu beschuldigen, er habe "im Jahre 1990 eine einzigartige Situation, tschechoslowakische Forderungen und berechnete Ansprüche aus dem Zweiten Weltkrieg gegen Deutschland vorzubringen", ungenutzt verstreichen lassen: Prag hätte sich in die 2+4-Verhandlungen einschalten sollen, um von Deutschland die Erfüllung einiger Forderungen ("Ungültigkeit des Münchner Abkommens von Anfang an, Wiedergutmachung von Kriegsschäden, Entschädigung von Opfern der Nazi-Verfolgung usw.") zu verlangen.⁸¹

Dieser gewichtig klingende Vorwurf bot Jiří Dienstbier die willkommene Gelegenheit, Kritikern wie Král außenpolitischen Nachhilfeunterricht zu erteilen⁸²: Die 2+4-Verhandlungen dienten der europäischen Einbindung Deutschlands nach der Wiedervereinigung, die "die Großmächte ohne große Begeisterung als eine Realität akzeptierten, der man nicht ausweichen kann". Weiter: "Es bestand Einmütigkeit darüber, daß Deutschland sofort und definitiv seine Grenzen als unveränderlich anerkennen muß". Daraus folgte, daß für die Tschechoslowakei "nicht die geringste Hoffnung bestand", die erwähnten Forderungen einzubringen, "die für die Wiedervereinigung Deutschlands und für die Großmächte keine politische Relevanz besaßen". Also versuchte man es damals gar nicht erst, vielmehr erklärte Dienstbier am 17. März 1990 beim Prager Treffen der Außenminister des Warschauer Pakts, daß "tschechoslowakische Interessen durch die Wiedervereinigung Deutschlands nicht berührt sind". Wenige Tage später boten die USA der Tschechoslowakei, Dänemark, Belgien und den Niederlanden an, etwaige Grenzprobleme mit Deutschland augenblicklich zur Sprache zu bringen; die Westnachbarn Deutschlands reagierten darauf nicht, weil jede Reaktion die Gefahr barg, "unbezweifelbare und von niemandem angezweifelte Grenzen" in eine überflüssige Diskussion zu ziehen, und aus denselben Überlegungen heraus ging auch Prag auf das Angebot nicht ein. Anders verhielt sich natürlich Polen, dessen Westgrenze an Oder und Neiße eigentlicher Gegenstand der Verhandlungen war, und zwar in einer Weise, die über ein *bilaterales* Problem weit hinausging. Umgekehrt mußten *alle* tschechoslowakischen Anliegen als rein *bilaterales* Problem erscheinen, also im besten Falle irrelevant und im schlechtesten störend. Unter solchen Auspizien tat Minister Dienstbier das einzig richtige:

Als Minister habe ich es abgelehnt, eine diplomatische Niederlage einzugehen, die zudem die Stellung der Tschechoslowakei in gewissen Fragen, die für uns wie für die Großmächte völkerrechtlich geklärt sind, in Zweifel gezogen hätte. Und zwar ohne Ansehen dessen, daß Interessenten an Spannungen in den tschechisch-deutschen Beziehungen auf beiden Seiten der Grenze mit ihnen noch einige Generationen erschrecken können.

⁸⁰ Belohradský, Vyjasnilo... aaO.

⁸¹ Richard Král: Jednání 4+2 byla jedinečnou možností, jak uplatnit čs. nároky vůči Německu (Die 2+4-Verhandlungen waren eine einzigartige Möglichkeit, tschl. Ansprüche an Deutschland vorzubringen), in: Právo 20.1.1996.

⁸² Jiří Dienstbier: Jednání dva plus čtyři a my (Die 2+4-Verhandlungen und wir), in: Právo 19.1.1996.

5. Polen, Tschechen und Deutsche

Ein der tschechischen Situation vergleichbares Bild bietet sich in Polen: Einerseits gibt es im politischen Bereich keine grundsätzlichen Probleme, vielmehr bestehen "gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit"⁸³, und zwar in solchem Maße, daß Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth es im Januar 1996 als "Wunder an der Oder" bezeichnete⁸⁴; hinzu kommen deutsche Investitionen und deutsche Hilfe für Polens Weg zu EU und NATO⁸⁵, deutsch-polnische Wissenschaftlertreffen der erstaunlichsten Art (z.B. im Dezember 1994 an der Katholischen Universität Lublin zum Thema "Konrad Adenauer - Das christliche Europa") mit dem nachgerade obligatorischen, in Polen wie in der Tschechischen Republik, zweisprachigen Sammelband der Referate⁸⁶, die grenzüberschreitende Universität "Viadrina" (*1991) in Frankfurt/O., den grenzüberschreitenden Nationalpark "Unteres Odertal", die "Euregiones" und vieles mehr. Dem steht allerdings eine unglaubliche Fülle von kleinen Zwistigkeiten gegenüber, die sich zu einer wachsenden atmosphärischen Eintrübung verdichten: Grenzschikane selbst für polnische Kommunalpolitiker, "Frankfurter Brötchenkrieg" und ähnliches Treiben gegen polnische Billigangebote in Waren und Dienstleistungen, Übergriffe auf deutsche bzw. polnische Reisegruppen an der Grenze, ein deutsch-polnischer krimineller Untergrund (der infolge bürokratischer Hemmnisse nicht effizient grenzübergreifend verfolgt werden kann) u.a.m.⁸⁷

Wie bereits aus dem im vorhergehenden Abschnitt zitierten Äußerungen Dienstbiers deutlich wurde, gibt es für die Tschechische Republik und für Polen Gemeinsames und Trennendes im Verhältnis zum Nachbar Deutschland. In sehr vereinfachter Sicht spielen u.a. die folgenden Aspekte eine Rolle:

- a) "Europäischer" Aspekt: Deutschland gilt als einer der führenden Staaten in den westeuropäischen Gemeinschaften, in die die osteuropäischen Länder hineinwollen, ganz besonders Deutschlands direkte slavische Nachbarn. Dazu hat Deutschland ihnen 1991/92 vertragliche Hilfe zugesagt.⁸⁸ Die osteuropäischen Länder sind der Meinung, daß Deutschland ein entscheidendes Wort zu ihren Integrationswünschen mitzureden hat, was z.B. tschechische Autoren so auslegen, "daß wir uns mehr um ein Bündnis mit Deutschland bemühen als Deutschland um ein Bündnis mit uns".⁸⁹
- b) Bilateraler Aspekt (1): Deutschlands Wiedervereinigung wurde u.a. erst möglich, nachdem die Deutschen eine endgültige Anerkennung der polnisch-deutschen Oder-Neiße-Grenze zusagten, und zwar in dem Wissen darum, daß hinter diesem polnischen Anliegen die Billigung der anderen Verhandlungspartner stand, wie bereits in der Konstruktion der "Zwei-plus-Vier-Verhandlungen" zum Ausdruck kam.⁹⁰ Ein Problem von ähnlichem Gewicht war im Verhältnis zu Prag nicht zu bewältigen, aber die von Václav Havel noch im Februar 1992

⁸³ Jan Barcz, Mieczysław Tomala (Hrsg.): Polska-Niemcy - dobre s¹siedztwo i przyjazna wsp³praca (Polen und Deutschland - gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit), Warschau 1992.

⁸⁴ Rita Süßmuth (Interview): Cud nad Odr¹ (Wunder an der Oder), in: Wprost Nr. 1, 7.1.1996, S. 72.

⁸⁵ Detailliert PISM (Hrsg.): Polacy i Niemcy po otwarciu granicy (Polen und Deutsche nach Öffnung der Grenze), Studia i Materiały 71 - Materiały Niemocoznawcze Nr.3, Warschau 1993.

⁸⁶ Andrzej Podgórski (Hrsg.): Konrad Adenauer - christliches Europa. Konrad Adenauer - Europa chrzeczijańska, Lublin 1995.

⁸⁷ Dietrich Schröder: Ungleiche Nachbarn an der Oder - Perspektiven der deutsch-polnischen Grenzregionen, in: Blätter für deutsche und internationale Politik Nr.1/1996, S. 101-112.

⁸⁸ Wolf Oschlies: Bilaterale Verträge mit den Staaten Osteuropas, in: Auslandskurier Nr. 5/1992, S. 14-15.

⁸⁹ Zbyszek Petráček: Co øekl a o øem pomlèel prezident (Was der Präsident sagte, und wovon er schwieg), in: Respekt Nr. 8, 20.-26.2.1995, S. 2.

⁹⁰ Detailliert Hans-Dietrich Genscher: Erinnerungen, Berlin 1995, S. 709ff.

gegenüber Bundeskanzler Kohl ausgedrückte Hoffnung auf ein exemplarisches Verhältnis Prag - Bonn⁹¹ hat sich bislang noch nicht realisiert.

- c) Bilateraler Aspekt (2): In Prag wurde im Frühsommer 1995 mit Interesse eine Äußerung von SPD-MdB Peter Glotz zur Kenntnis genommen: "Erst wenn einen Ausgleich mit den Tschechen und Übereinstimmung mit ihnen finden, ist der kalte Krieg definitiv zu Ende. Das Verhältnis zu den Polen, das jahrzehntelang so kompliziert war, wurde im Jahre 1990 bereinigt durch die Anerkennung der Grenze an Oder und Neiße - als Preis für die deutsche Einheit. Demgegenüber hat Bonn die Beziehungen zu Prag einschlafen lassen (vztahy s Prahou nechával Bonn spát), sie waren nicht so wichtig".⁹² Ähnlich interessiert hat man ein paar Monate später aufgenommen, was der damalige polnische Außenminister Bartoszewski im deutschen Bundestag sagte: "Ich will offen sagen, daß wir die Schicksale und Leiden konkret unschuldiger Deutscher bedauern (...) Etwas ähnliches wäre ein verantwortlicher tschechischer Politiker nur bereit, in einer stillen Kneipe im deutsch-tschechischen Grenzgebiet zu sagen, und dann würde er es noch halb zurücknehmen. Damit soll nicht gesagt sein, daß etwa auf tschechischer Seite guter Wille völlig fehle. Man kann sich jedoch nur schwer des Eindrucks erwehren, daß man zwar gern zu irgend einer Lösung käme, aber möglichst so, daß niemand davon etwas erfährt".⁹³ Kurz: Wenn es in Bonn einen Rangunterschied zwischen den jeweiligen Beziehungen zu Warschau bzw. Prag gibt, dann besteht diese Unterscheidung bei den beiden Nachbarländern auch - wobei Warschau sagt und Prag einsieht, daß die tschechische Seite sich durch ein gewisses Ungeschick gegenüber Deutschland ins Hintertreffen gebracht hat. In dieser Hinsicht steht Polen wohl besser da, zumal es in Deutschland prominente Freunde und Fürsprecher hat - etwa den "Advocatus Poloniae", den amtierenden Bundeskanzler Kohl, der während seines Polen-Besuchs im Juli 1995 einmal mehr deutsche Hilfe für Polens Beitrittswünsche zur EU zusagte⁹⁴, und den "Weltökonom", Ex-Bundeskanzler Helmut Schmidt, der ohne Umschweife erklärte: "Die beste Hilfe für Polen wird dessen rasche Eingliederung in die Europäische Union sein. (...) Die Aufnahme Polens muß schon deshalb rasch erfolgen, um den Polen das Gefühl einer Unterstützung zu geben".⁹⁵
- d) Bilateraler Aspekt (3): Wenn die zwei postkommunistischen Länder Polen und Tschechische Republik das wirtschaftlich starke, in die westliche Gemeinschaft fest integrierte Deutschland als Nachbarn haben, dann sollte es die natürlichste Sache überhaupt sein, daß sie sich untereinander abstimmen und gemeinsam agieren, wenn sie schon der Meinung sind, daß ihre "europäische" Zukunft von Deutschland mitbeeinflusst wird. Beide Länder sind alte slavische Kulturnationen, mit hoher Zivilisation und guten ökonomischen Perspektiven versehen, im Besitz einer vielversprechenden Infrastruktur usw., also im Grunde für einander bestimmt, aber das aus der Vergangenheit tradierte Konfliktpotential und die wechselseitige Abneigung beider Völker scheinen noch immer so schwer zu wiegen, daß von einer bilateralen Abstimmung im Umgang mit dem deutschen Nachbarn einstweilen so gut wie nichts zu sehen ist.⁹⁶
- e) Kommunikativer Aspekt: *Anything goes* in Osteuropa, auch das, was lieber nicht "ginge" - nationalistische, radikale, populistische Bewegungen samt ihren Wortführern, ein Wiederaufle-

⁹¹ Zum Wortlaut der Rede vgl. Václav Havel: *Vážení občané* (Verehrte Bürger), Prag 1992, S. 152ff.

⁹² Zbyněk Petráček: *Až se zima zeptá* (Bevor der Winter an die Tür klopft), in: *Respekt* Nr. 23, 5.-11.6.1995, S. 2.

⁹³ Bohumil Doležal: *Neurotické ošetění* (Neurotische Lösung), in: *Respekt* Nr. 36, 4.-10.9.1995, S. 3.

⁹⁴ Jarosław Gizinski: *Krok po kroku* (Schritt für Schritt), in: *Wprost* Nr. 29, 16.7.1995, S. 13.

⁹⁵ Helmut Schmidt (Interview): *Przerwa w grze* (Spielunterbrechung), in: *Wprost* Nr. 41, 8.10.1995, S. 68-69.

⁹⁶ Detailliert Kazimierz Karnkowski: *Polsko a Čechy* (Polen und Tschechien), in: *Stoední Evropa* Nr. 24/1992, S. 70-80 (Übernahme aus der polnischen "Kultura", Paris).

ben ältester Stereotype und Vorurteile, eigenartige "Bündnisse" zwischen totalitärem Gedankengut aus roten und braunen Quellen, eine dumpfe Xenophobie, pseudowissenschaftliche Theorien wie z.B. die polnischer Konservativer, "daß sich die Deutschen nunmehr unter dem Deckmantel Europas ihre ehemaligen Gebiete zurückerobern wollten".⁹⁷ Das alles gibt es, und es nimmt einstweilen noch zu, ist aber im Wesen eher ärgerlich als politisch relevant. Im übrigen werden hier Stereotype ausgetauscht, die auch das tschechisch-polnische Verhältnis belasten: Wie können Warschau und Prag einander wohl näherkommen, wenn die Polen, eigenem Eingeständnis zufolge, überzeugt sind, daß alle Tschechen "Feiglinge" (tchórzy) sind?⁹⁸

- f) Integrativer Aspekt: Wenn alles gutgeht, wird die Tschechische Republik etwa im Jahre 2007 EU-Mitglied sein. Was dann *auch* passieren kann, hat in Prag noch niemand ausgesprochen: Bürger von EU-Mitgliedsstaaten haben das *Recht*, sich nach eigenem Belieben in der ganzen Gemeinschaft niederzulassen. Wird dann sozusagen ein "Moment der Wahrheit" für die Scharfmacher auf beiden Seiten kommen? Für sudetendeutsche "Berufsflüchtlinge", die dann ihr - oft proklamiertes, wiewohl völkerrechtlich irrelevantes - "Recht auf Heimat" per Zuzug und mittels Anpassung an tschechische Lohn- und Rentenusancen realisieren könnten? Und gleichlaufend für tschechische Nationalisten, die alles Deutsche so perhorreszieren, daß sie nicht einmal einen weltbekannten Dirigenten deutscher Nationalität an der Spitze ihrer Nationalphilharmonie dulden? Man mag es sich höchst schadenfroh ausmalen, aber gewiß wird überhaupt nichts passieren - höchstens daß die argumentative Vordergründigkeit auf beiden Seiten in sich zusammenfällt, denn "the anti-German card, a favourite resort oft the Czech Left, has been played and lost".⁹⁹

Grundsätzlich ist es doch so, daß die westlichen Länder (und Deutschland vor allem) *postnationale Demokratien* sind, die zu *politischen Unionen* zusammenstreben - denen im Osten *praedemokratische Nationalstaaten* gegenüberstehen, die zerbrechen lassen, was längst zusammengewachsen schien (die *Tschechoslowakei* etwa). Osteuropäische Politiker wie der polnische Ex-Außenminister W³adys³aw Bartoszewski wissen das und erwarten, daß die wachsende Nähe zur EU auch diesen systemaren Unterschied einebnet: Was Ex-Diktaturen wie Spanien, Portugal und Griechenland gelungen ist, nämlich durch die EU-Mitgliedschaft gewissermaßen ihre volle demokratische Reife zu erlangen, sollte postkommunistischen Staaten wie Polen und anderen nicht verwehrt werden.¹⁰⁰ Diese Gedanken Bartoszewskis wurden in einer Prager außenpolitischen Zeitschrift veröffentlicht, was überhaupt nicht verwundern muß: Mit Blick auf die "europäische" Option ihrer Länder sind tschechische¹⁰¹ und polnische¹⁰² Politikeraussagen absolut kompatibel, da sie auf dieselben Erkenntnisse hinauslaufen:

1. Beide Länder haben ihren Willen zur EU-Mitgliedschaft erklärt, ob nun als polnischen "Wunsch" vom April 1994 oder tschechische "Anmeldung" vom Januar 1996. Die politischen Führungen beider Länder wissen sich dabei einig mit der Mehrheitsmeinung der jeweiligen Bevölkerung.¹⁰³
2. Beide Länder sind überzeugt, daß ihr Wirtschafts- und Bevölkerungspotential ein Beitrag für Europa ist, und sie bemühen sich, legislative und andere Vorleistungen für den EU-Beitritt zu erbringen.

⁹⁷ Schröder, Ungleiche Nachbarn... aaO., S. 111.

⁹⁸ Dorota Modelska: Umowa pierwotna (Ursprüngliche Abmachung), in: Wprost Nr. 5, 4.2.1996, S. 68-69.

⁹⁹ James de Cancole: Czechoslovakia - The End of an Illusion, London 1993, S. 21.

¹⁰⁰ W³adys³aw Bartoszewski: Polsko a evropská integrace (Polen und die europäische Integration), in: Mezinárodní politika (Prag) Nr. 5/1995, S. 4-5.

¹⁰¹ Zieleniec, Česká republika... aaO.

¹⁰² Bartoszewski, Polsko... aaO.

3. Beide Länder *wissen*, daß eine EU-Mitgliedschaft erhebliche Abstriche an nationaler Souveränität mit sich bringt (weil immer mehr Kompetenzen der Gemeinschaft überantwortet werden), wissen aber auch, daß ein EU-Beitritt keineswegs der Beginn einer Denationalisierung ist.

Dieser konzeptionellen Gleichartigkeit steht eine personelle Heterogenität gegenüber: In der Tschechischen Republik hat die "samtene Revolution" vom Spätherbst 1989 auch für einen nachhaltigen Wechsel nationaler Führungsgarnituren gesorgt. Wenn hingegen polnische Feldforschungen recht haben, dann ist der Elitenwechsel in Polen nach 1989 wohl nicht sonderlich radikal ausgefallen - sichtbar daran, daß die in Polen Mächtigen und/oder Einflußreichen der 90er Jahre weithin dieselben sind, die auch schon 1989 und davor in Führungspositionen saßen.¹⁰⁴ Außenpolitische Weiterungen scheint das (noch) nicht zu haben, wie Warschau etwas verblüfft anlässlich westlicher Reaktionen auf die erste Westreise des gerade neugewählten Präsidenten Aleksander Kwaśniewski feststellte.¹⁰⁵ In Bonn ("Kanzler Kohl fragte ihn nach einem Rezept für eine Wunderdiät"), Paris, Washington und Madrid wurde er korrekt, ja freundschaftlich empfangen und konnte sich Hoffnungen der bereits erwähnten Art machen: Wenn der Westen spanische Ex-Franco-Politiker als gleichwertige Partner akzeptiert, wird er auch mit polnischen Ex-Kommunisten keine Probleme haben.¹⁰⁶

Probleme, so es sie überhaupt gäbe, liegen weder bei den Politikern noch in den politischen Konzeptionen, weil erstere keine Auswahl bei letzteren, die nur die Entscheidung zwischen "richtig" und "falsch" bieten, haben. Und Deutschland ist nicht nur der (direkte) Nachbar, sondern auch der "'natürliche' Partner der postkommunistischen Reformländer und ihr 'innerwestlicher' Anwalt", wie an politischen Aktionen und ökonomischen Investitionen abzulesen ist.¹⁰⁷ Wo noch Ängste bestehen könnten, etwa in Polen um die eigene Westgrenze, da sind diese im Grunde nicht auszuräumen, wohl aber mit guten Erfolgsaussichten zu überwinden. Interessant ist in diesem Zusammenhang ein Interview, das Jan Karski, im Zweiten Weltkrieg Kurier der polnischen Exilregierung in London zum besetzten Polen, schon 1991 gab: Natürlich ist diese Westgrenze von Stalin gezogen worden, und es ist nie auszuschließen, daß in Deutschland irgendwann neue Generationen, Verhältnisse und Überzeugungen auftauchen, die nach einer "Revision" dieser Grenze streben. Aber "gegenwärtig haben wir keine Ursache, uns vor Deutschland zu fürchten", denn zum einen hat es die Grenze als endgültig anerkannt, und zum zweiten sind gewisse Ängste vor einem künftig vielleicht unberechenbaren Deutschland keine rein polnische Obsession. Ähnliche Ängste bestehen auch in Frankreich und England, und sie können durch die oft beschworene europäische Einbindung Deutschlands und durch gute polnisch-deutsche Nachbarschaft überwunden werden: Bei einer solchen Entwicklung müßte

¹⁰³ Bartoszewski gab in dem zitierten Artikel (Polsko... aaO.) an, "daß den Gedanken eines EU-Beitritts über 60% der erwachsenen polnischen Bevölkerung unterstützen". In der Tschechischen Republik sollen 34% der Menschen "eindeutig für den EU-Beitritt", nur "sechs Prozent eindeutig dagegen" sein (Lidové noviny 24.1.1996). Wenn man diese im Grunde vagen Angaben - hier Grad der Zustimmung bei Erwachsenen, dort Intensität der Zustimmung - etwas großzügiger interpretiert, steht zu erwarten, daß in beiden Ländern eine mehrheitliche, jedoch unterschiedlich stark ausgeprägte Zustimmung zum EU-Beitritt besteht.

¹⁰⁴ Adam Podgórecki: The Communist and Post-Communist Nomenklatura, in: Polish Sociological Review Nr. 2/1994, S. 111-123; Jacek Wasilewski: The Forming of the New Elite: How Much Nomenklatura is Left?, in: Polish Sociological Review Nr. 2/1995, S. 113-123; Edmund Wnuk-Lipinski, Jacek Wasilewski: How Much Communism Is Left with Us?, in: Politicus August 1995, S. 39-44.

¹⁰⁵ Zu einer deutschen Reaktion, stellvertretend für zahlreiche ähnliche, vgl. Christoph von Marschall: Auf dem Weg in Richtung Westen, in: Tagesspiegel 11.1.1996.

¹⁰⁶ Marek Ostrowski: Ciężkie walizki (Schwere Koffer), in: Polityka (Tygodnik) Nr.3, 20.1.1996, S. 34-35.

¹⁰⁷ Eckhard Lübke: Sjednocené Německo v postbipolárním svítě (Das vereinte Deutschland in der postbipolaren Welt), in: Mezinárodní vztahy Nr.3/1994, S. 37-45.

Polen nicht Deutschlands Größe fürchten, sondern könnte von dessen Wirtschaftspotential profitieren.¹⁰⁸

Ähnlich, aber völlig angstfrei sagte es der geistvolle Janusz Reiter, als er im September 1995 seinen Posten als polnischer Botschafter in Deutschland verließ: "Polen und Deutschland haben sichere Grenzen, die sie sich wahrhaft nicht selber ausgewählt, die sie aber akzeptiert haben - in dem Wissen, daß sie nur so ihre wechselseitigen Beziehungen neugestalten können". Die Polen in den "ehemaligen deutschen Gebieten" leben sicher und "vielleicht zum ersten Mal in der Nachkriegszeit" in der Gewißheit, "daß ihr Wohnort ein ständiger und kein zeitweiliger ist". Das deutsche Territorium ist zwar "kleiner" geworden, "aber dafür ist die Bundesrepublik Deutschland nur von befreundeten Staaten umgeben". Und: "Die Deutschen leiden weder an Größenwahn, noch an Minderwertigkeitskomplexen. Dieser ausgewogene Zustand gereicht ihnen zum Guten, er hilft auch den Nachbarn".¹⁰⁹

Derart souverän mag man den deutschen Nachbarn in der Tschechischen Republik wohl noch nicht sehen: Bislang überwog eine tschechische Neigung, Deutschland entweder zu idealisieren oder zu dämonisieren - was weder deutschen Realitäten noch tschechischen nationalen Interessen entsprach. Wenn erst eine "nötige Selbstreflexion der Tschechen" zu einer klaren Konzeptionbildung eigener Politik und realistischen Sicht der Deutschen führt, daß beide im Grunde von identischen Werten ausgehen und die allerbesten Voraussetzungen für eine gedeihliche Partnerschaft haben - obwohl es in fernerer Zukunft natürlich noch "offene Fragen" an und über Deutschland geben könnte.¹¹⁰

6. Gefahren von der "mentalen Infrastruktur"?

Wie schon einleitend bemerkt (und danach mehrfach wiederholt), ist die Realität der Beziehungen zwischen Deutschland und seinen direkten slavischen Nachbarn weitaus besser als die Stimmung zwischen Tschechen, Polen und Deutschen. Letzteres ist zu bedauern und in seiner potentiellen Gefährlichkeit zu ermesen, wie es die Berliner Politologin Gesine Schwan im Sommer 1994 in einem Interview mit einer polnischen Zeitschrift tat: "Gefahren liegen in einem starken sozialen Gegensatz, der sich in Ausbrüchen des Nationalismus und in einer Wiederbelebung ältester Ressentiments zeigt, womit sich auch die deutsche Politik noch keinen Rat wußte".¹¹¹

Einen "Rat" weiß man auch in Osteuropa nicht, aber dafür hat man mitunter bemerkenswert selbstkritische Analysen, durch welche Phänomene und ihre Zusammenhänge, die einen bis dahin "ratlos" gemacht haben, erhellt werden. Eine solche hat der Prager Soziologe Jindøich Fibich vorgelegt, und sie verdient gespannteste Aufmerksamkeit, weil sie zwar von rein tschechischen Tatbeständen ausgeht, dabei aber zu Aussagen zur "postkommunistischen Mentalität" gelangt, die für ganz Osteuropa Gültigkeit haben dürften.¹¹² Der 1922 in Prag geborene, mittlerweile emeritierte Hochschullehrer ist in Deutschland nicht unbekannt, da hier schon früher seine

¹⁰⁸ Jan Karski (Interview): Polska - między Niemcami a Rosj¹ (Polen - zwischen Deutschland und Polen), in: Politicus Nr. 1/1991, S. 8-13.

¹⁰⁹ Janusz Reiter: Dwie Europy (Zwei Europas), in: Wprost Nr. 41, 8.10.1995, S. 66-68.

¹¹⁰ Vladimír Handl: Současné česko-německé vztahy: konstanty a proměny (Gegenwärtige tschechisch-deutsche Beziehungen: Konstanten und Veränderungen), in: Mezinárodní vztahy Nr. 4/1993, S. 8-16.

¹¹¹ Gesine Schwan (Interview): Jak uporaæ siê przesz³o□ci¹? (Wie bewältigt man Vergangenheit?), in: Politicus Nr. 1-2/1994, S. 17-19.

¹¹² Jindøich Fibich: Postkomunistická mentalita (Postkommunistische Mentalität), in: Mezinárodní vztahy Nr. 1/1995, S. 70-76.

Gedanken in Sammelbände Eingang fanden¹¹³, aber diese nehmen sich eher wie Vorstudien zu der hier zu referierenden Analyse aus.

Es geht um die einleitend erwähnten systemkulturellen Effekte ideologischer Versatzstücke aus "realsozialistischer" Vergangenheit - oder für Fibich um das retardierende Gewicht menschlicher "mentaler Infrastruktur" in der postkommunistischen Übergangsphase, deren ohnehin lange Dauer - Fibich zitiert Zbigniew Brzezinski: "Die Ablösung vom Kommunismus wird solange dauern wie der Kommunismus selber" - durch sie noch beträchtlich gestreckt wird: Die "'realsozialistischen' Denk- und Verhaltensstereotypen des Menschen" sind durch das politische Ende des Kommunismus keineswegs verschwunden; sie haben vielmehr in der postkommunistischen Gesellschaft "Hybride" gebildet, die nun deren Ausformung im politisch erwünschten Sinne erschweren.

Die Charakteristika des "Sozialismus" wurden von Stalin gebildet, später "modifiziert": "pauschale und ideologische Faktoren von Macht und Klasse". Für die alltägliche Realität "realsozialistischen" Lebens folgten daraus einige allgemeine Züge: "archaischer Utilitarismus" mit antiintellektueller Ausprägung, "intolerante Verabsolutierung der Partei", "Vergötterung alles Weltlichen", "Wille zur Nivellierung", "Mangel an moralischer Entschiedenheit und Verantwortung" und "Glaube an die Allmacht des Dirigismus und der Großorganisationen".

Diese Natur des "Realsozialismus" (erläuterte Fibich in Übereinstimmung mit dem Deutschen H. J. Maaz und anderen Autoren) führte dazu, daß alle zugleich Opfer und (Mit)Täter waren - Opfer von Repression, Manipulation, Kontrolle und Kommandierung, (Mit)Täter durch Anpassung, Kollaboration, Verbergen, Denunziationen etc. Darüber hinaus differenzierte sich die Gesellschaft in einige "Grundtypen" samt entsprechenden Organisations- und Denkprofilen: "Machtmenschen" (Nomenklatur), "Karrieristen" (persönlicher Erfolg ohne innere Bindung an die Ideologie), "Mitläufer" (untertänige Anpassung), "Oppositionelle" und "Dissidenten" (in Wissenschaft, Kultur und Kirche) und "Utopisten" (mit einer Fülle divergierender Ideale).

Diese charakterlichen Deformationen (so Fibich weiter) verstärkten im spezifischen Falle früher erworbene "negative Züge des tschechischen Nationalcharakters" (negativní rysy české národní povahy): "Kollaboranten-Ängstlichkeit" (kolaborantská ustrašenost), "lakaienartige Willfährigkeit" (lokajské pøisluhovačství), "Maskierung moralischer Schwächen durch ideelle Heuchelei" (maskování morálních slabin ideovou pøetvãrkou), "Hinüberwachsen nationaler und moralischer Resignation in eine Abkehr von nationalen und traditionellen Werten" und andere mehr. Andere Völker mögen andere Erschwernisse für die postkommunistische Transformation bereithalten, aber generell gilt: "Je weiter nach Osten, desto größer der Einfluß sowjetisch-imperialer Muster. Je geringer die verschiedenen Elemente von Demokratismus in der dem Realsozialismus vorhergehenden Periode, desto größer und tiefergehend die Residuen von Autoritarismus und Totalität. Je niedriger der Grad der Industrialisierung und je größer das Übergewicht des Landes über die Städte, desto größer das Übergewicht von Irrationalismus über Rationalismus und von Totalität über Differenzierung".¹¹⁴

Weil das so ist, offenbart sich eine "trügerische und gefährliche kognitive Dissonanz": Zum einen wird die gesamte Transformationsproblematik verengt auf "einen möglichst raschen Übergang von der Gesellschaft der Gewalt und des Mangels zu einer Gesellschaft der Freiheit und des unbegrenzten Konsums". Zum zweiten will man "möglichst rasch die elitäre und massenhafte Neigung (...) zu verschiedenen Sicherheiten und Fiktionen des realen Sozialismus vergessen".

¹¹³ Jindøich Fibich: Grundlagen der politischen Kultur in der postsozialistischen Tschechoslowakei, in: Gerd Meyer (Hrsg.): Die politischen Kulturen Ostmitteleuropas im Umbruch, Tübinger Mittel- und Osteuropastudien - Politik, Gesellschaft, Kultur Bd. 5, Tübingen/ Basel 1993, S. 81-88.

¹¹⁴ Fibich, Postkomunistická... aaO., S. 73.

Kaum jemand ist bereit, alte Denk- und Verhaltensschablonen abzulegen, und diese kollektive Unwilligkeit ist nicht nur die schwerste Bürde der systemaren Transformation, sondern auch letztlich Ursache dafür, daß die im Westen bewährten Mittel von Marktwirtschaft und Demokratie im Osten häufig fehlschlagen (selhávati) oder zu "wunderlichen Deformationen" führen. So entsteht eine Kluft zwischen formal neuen Strukturen in Institutionen und einer im Grunde unveränderten "mental und persönlichen Infrastruktur". Letztere exemplifizierte Fibich an einigen Umfrageergebnissen aus *Polen* vom Jahre 1992: Ein Viertel der Menschen wünschte sich ein "autoritatives Regime", fast die Hälfte sogar einen "starken Führer"; die "Mehrheit der Leute" glaubte, "daß der Kommunismus durch eine andere Form der undemokratischen Macht ersetzt wurde", "fünfzig Prozent halten die Demokratie nur dann für zweckmäßig, wenn sie ihnen Reichtum bringt" usw.¹¹⁵

In der "ehemaligen DDR" hinterließ der Kommunismus vor allem "Ruinen und mentale Verwüstungen", wozu nun die "postkommunistische Kultur oberflächlich loyaler Untergebener mit gelähmtem Leistungswillen" kommt, wie Fibich anhand innerdeutscher Produktivitätsvergleiche belegte: Ostdeutsche Arbeitsproduktivität "erreicht knapp 50% der westdeutschen". Überall in Osteuropa sah der tschechische Analytiker (in Übereinstimmung mit einer polnischen Autorin) einen "bestimmten Typ von Zynismus und Apathie" wachsen, dazu eine radikaler werdende Rückwendung der "Eliten" zu den Vorstellungen vom "Staat", wie sie im 19. Jahrhundert üblich waren. Ähnlich halten es die Menschen, so daß Gruppenegoismus und Freund-Feind-Denken samt Simplifizierungstendenzen jede Art vom "Problemlösungen" bestimmen. Und das alles, so Fibich, pervertiert die offiziell als Ziele akzeptierten "Demokratie, Marktwirtschaft, Europäertum" in der postkommunistischen Realität zu "Pseudo- oder Als-ob"-Surrogaten: Was immer als Schritt zu diesen Zielen hin ausgegeben wird, entpuppt sich in Wirklichkeit als deren Verfälschung - "was Freiheit der Äußerung und Formung der öffentlichen Meinung genannt wird, ist gemeinhin eher ein fortdauerndes Funktionieren von emotionalen und expressiven Stereotypen", und so ähnlich ist es in allen Lebensbereichen.¹¹⁶

Eine Besserung, so Fibich abschließend, für die absehbare Zukunft nicht zu erwarten: Ehemalige "Nomenklaturkader" haben sich hinter "angeblichem Expertentum" verschanzt und pflegen ihre Seilschaften, künstlich geschürte Leidenschaften und Haß begünstigen politischen Radikalismus, politische und andere Gegner werden wie früher bedroht, Einkommen und Informationen werden in mafiöser Geschlossenheit verteilt. Solche bewußten Aktionen korrelieren mit "unterbewußten Aggressionen": Soziale Sicherheit verbindet sich "mit gewissen Zügen des realen Sozialismus", "Mitschuld-Komplexe" werden aggressiv übertönt, es wächst der "Infantilismus in Politik und zwischenmenschlichen Beziehungen", für alle Fälle sucht und findet man "äußere Feinde und Haßobjekte". Mit anderen Worten: Die vom Kommunismus geerbten Phänomene wie "emotionale und kulturelle Unreife (und) Neigung zu primitiven eindimensionalen Modellen des Menschen und der Gesellschaft" werden weiterhin "absichtsvoll gepflegt".¹¹⁷

* * *

Warum diese ausführliche Wiedergabe der Gedanken eines tschechischen Soziologen? Natürlich in erster Linie deswegen, weil diese Gedanken in Substanz und schonungsloser Formulierung von seltener Brillanz sind! Darüber hinaus auch darum, daß sie optimal den (indirekten) Intentionen dieser Darstellung entgegenkommen - die verwirrenden psychischen Hintergründe eines an sich wenig bedeutsamen "Falles" wie des Dirigenten Albrecht zu beleuchten und an ihm die Fülle realer und potentieller "Überraschungen" zu demonstrieren, die Deutschland mit seinen

¹¹⁵ Fibich, Postkomunistická... aaO., S. 73ff.

¹¹⁶ Fibich, Postkomunistická... aaO., S. 74ff.

¹¹⁷ Fibich, Postkomunistická... aaO., S. 75ff.

direkten Nachbarn hat oder noch haben kann. Wenn zu Beginn dieser Ausführungen von dem "Ertrag" die Rede war, den die "Mühen der Ebene" in den interstaatlichen Beziehungen im wissenschaftlichen Schrifttum der deutschen Nachbarländer haben, dann wurde dabei an Analysen wie die von Fibich gedacht.

Eine Vertiefung und Verdeutlichung dieser Überlegungen folgt im zweiten Teil der Darstellung, der sich dem Problem interethnischer Stereotypen zuwendet.

7. Zusammenfassung

Deutschlands politische, wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen zu seinen direkten slawischen Nachbarn im Osten, der Tschechischen Republik und Polen, sind sie gut wie niemals zuvor. Gleichzeitig akkumulieren sich wechselseitige Kritik, Anwürfe, Mißverständnisse, Affären etc., die eine erstaunliche schlechte Stimmung zwischen den Nachbarn signalisieren, vor allem zwischen Tschechen und Deutschen.

Polen und die Tschechische Republik sind mit Erfolg bemüht, zum deutschen Nachbarn ein in jeder Hinsicht gutes Verhältnis zu unterhalten - ganz direkt und mit Blick auf weitere eigene Ziele, für die man sich die Unterstützung Deutschlands sichern möchte: EU-Mitgliedschaft, NATO-Beitritt und andere.

Deutschland schätzt und fördert diese Kooperation mit seinen Nachbarn im Osten, die nicht nur direkten Ertrag erbringt, sondern darüber hinaus demonstrierter deutscher Verlässlichkeit durch vermehrte "Einbindung" in europäische Politik dient.

Die drei Länder Deutschland, Tschechische Republik und Polen "profitieren" voneinander und miteinander - es ist ermutigend, wenn geographische Nähe und die Abstimmung wechselseitiger politischer Ziele auch noch ein gedeihliches Miteinander im direkten Umgang einschließen.

Da sich diese Grundtatbestände in absehbarer Zeit nicht ändern werden, sind kleinere Mißheligkeiten nicht sonderlich ernstzunehmen - besonders dann nicht, wenn sie ein gewisses Mißtrauen gegenüber dem Partner Deutschland, das aus schmerzlichen historischen Reminiszenzen heraus legitim ist, erkennen lassen.

Schlimmer ist es, wenn Kommunikationsstörungen auf wiederbelebte interethnische Stereotypen, Vorurteile und Feindbilder zurückgehen, weil solche kollektiven "Zuschreibungen" eine immanente Tendenz zur unkorrigierbaren Verfestigung haben, die das Bild vom Nachbarn bis zur Unkenntlichkeit verzerren können.

Ein solcher "Fall" schien Anfang 1996 in Prag um den deutschen Dirigenten Gerd Albrecht gegeben zu sein - der als Leiter der "Tschechischen Philharmonie" an antideutschen Ressentiments scheiterte.

Diese Affäre hatte ein wachsendes und in großen Teilen wenig freundliches Medienecho in beiden beteiligten Ländern, scheint zudem einige atmosphärische Verstimmungen auf politischer Ebene erzeugt zu haben. Andererseits aber war Prag um rasche und souveräne "Schadensbegrenzung" bemüht, um gemeinsame Projekte mit Deutschland nicht der geringsten Gefährdung auszusetzen.

Das betraf vor allem die bilateral angestrebte "Deklaration", die ungeklärte Fragen der wechselseitigen Vergangenheit - Gültigkeit des Münchner Abkommens und Entschädigung tschechischer NS-Opfer auf tschechischer, Vertreibung Deutscher nach 1945 auf deutscher Seite - in einer Weise ansprechen soll, die künftig beiden Ländern einen unbelasteten Umgang mit ihnen erlaubt.

Ähnlich gestaltet sich das deutsch-polnische Verhältnis: grundsätzlich gut - mit kleinen Mißtönen im "Atmosphärischen". Letztere sind noch unbedeutender als die im Umgang mit Prag, da ein gutes Verhältnis zu Polen für Deutschland erste außenpolitische Priorität und internationale Weiterungen hat: Das schwere Erbe der deutsch-polnischen Vergangenheit und das Gewicht einer deutschen Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze sind nur zwei von mehreren Momente, die

eine gute Nachbarschaft zwischen Polen und Deutschen aus dem rein bilateralen Rahmen herausheben.

In einem solchen Kontext sind die "atmosphärischen" Störungen vor allem darum interessant, als sie Deutschland größtenteils gar nicht direkt betreffen, vielmehr "Hörbeleg" interner Probleme bei der postkommunistischen Transformation bzw. propagandistische Ablehnung von diesen, vorgenommen von "gewendeten Nomenklatur-Kadern", sind. Daß diese Analyse gerade dieser *Proxy*-Phänomene von polnischen und tschechischen Wissenschaftlern vorgenommen wird, ist ein bleibender "Ertrag" temporärer Kommunikationsstörungen.

Wolf Oschlies

Czechs, Poles and Germans: 1990-1996

Part I: Situation and Mood

Bericht des BIOst Nr. 22/1996

Summary

Introductory Remarks

Germany's political, economic and cultural relations with its Slavic neighbours immediately to the east - the Czech Republic and Poland - are now better than ever before. At the same time we can observe a steady growth in mutual criticism, accusations, misunderstandings, affairs and the like which point to a surprisingly negative mood among these neighbours, in particular between the Czechs and Germans.

The present two-part report examines this unusual discrepancy between positive political results and verbal discord in the bilateral relations between these countries. This report is based on generally accessible sources, primarily of Czech and Polish origin, and seeks to document the discord, estimate its potential political impact and analyse its origins with respect to historical experience and current "sensitivities" in the countries concerned.

Findings

1. Poland and the Czech Republic are successfully engaged in maintaining good all-round relations with their German neighbour - directly and with a view to their own goals for which they need German support, e.g. EU accession and NATO membership.
2. Germany promotes and gives priority to cooperation with its eastern neighbours, as it not only brings direct results but also effectively demonstrates German reliability by showing increased German engagement in European policy.
3. The three countries - Germany, the Czech Republic and Poland - all "profit" from and with one another. It is a good sign when geographic proximity and the coordination of mutual policy objectives can go hand in hand with cordial direct relations between the parties.
4. Given that this general state of affairs is unlikely to change in the foreseeable future, we should not take minor disagreements too seriously. This is all the more true when it comes to certain expressions of distrust towards Germany's partnership role, which are legitimately rooted in rather painful memories from the past.
5. It is worse when communication is disrupted by relapses to interethnic stereotypes and prejudices, since such collective "incriminations" have an inherent tendency to take hold unchallenged and can, in turn, utterly distort the way neighbours view each other.
6. One such incident took place in Prague at the beginning of 1996 when the German conductor Gerd Albrecht apparently quit as director of the Czech Philharmonic due to anti-German sentiments.

7. The media in both countries responded in a less than friendly way to this affair which also appears to have clouded the political atmosphere. On the other hand, Prague moved swiftly and confidently to contain the damage and avoid endangering joint projects with Germany in any way.
8. This was particularly true of the bilateral "declaration" which aims to address unresolved issues from both countries' past - validity of the Munich Treaty and reparations for Czech victims of Nazi terror and for German victims of forced evacuation and resettlement after 1945 - in such a way as to allow both peoples to deal more straightforwardly with these matters in future.
9. German-Polish relations are similar in many ways: the foundation is good but the atmosphere is not quite tension-free. However, the elements of discord are of lesser importance here than in the case of Prague, as solid relations with Poland have been a top foreign policy priority with international implications for Germany. The ponderous weight of past German-Polish relations and the importance of German recognition of the Oder-Neiße border are but two among many aspects that have elevated good neighbourly relations between Poles and Germans beyond a purely bilateral context.
10. In this light, these atmospheric disturbances tend for the most part not to reflect directly on Germany. They instead attest to problems inherent in the post-Communist transformation, or the propagandistic rejection of such transformations, carried out by "reformed cadres of the nomenclature". One promising result of this temporary interference in communications is that the analysis of these particular *proxy* phenomena is being performed by Polish and Czech researchers.